

Verordnung, betreffend die Auflösung des Hauses der Abgeordneten.

Vom 5. October 1873.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. verordnen auf Grund des Artikels 51 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, nach dem Antrage des Staats-Ministeriums, was folgt:

§ 1. Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst.

§ 2. Unser Staats-Ministerium wird mit der Ausführung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insignel.

Gegeben Baden-Baden, den 5. October 1873.

(L. S.)

Wilhelm.

Graf zu Eulenburg. Dr. Leonhardt. Camphausen. Falk.

Dr. Achenbach.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf die Allerhöchste Verordnung vom 5. d. M., betreffend die Auflösung des Hauses der Abgeordneten, setze ich auf Grund der §§ 17 und 28 der Wahlverordnung vom 30. Mai 1849 den Tag der Wahl der Wahlmänner auf den

28. October d. J.,

und den Tag der Wahl der Abgeordneten

hierdurch fest.

Berlin, den 9. October 1873.

Der Minister des Innern.

Graf zu Eulenburg.

Deutschland.

Berlin, 10. October. [Amtliche.] Se. Majestät der König hat dem Conftitutionsrat Dr. König zu Frankfurt a. M. den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Kreisrichter Müller zu Salzwedel, dem Barrer Vogel zu Feubingen im Kreise Wittgenstein, dem Conrector und Gymnasial-Oberlehrer Voigtland zu Schleusingen und dem Steuer-einnehmer Marich zu Krappitz im Kreise Oppeln den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Geheimen Bergrath Röper zu Dortmund den Königlich-Kronen-Orden dritter Klasse; dem Geheimen Kanzleirath Feiler beim Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten den Königlich-Kronen-Orden dritter Klasse; dem Geheimen Rechnungsrath Reijer, Rechnungsrath Dulin bei der Ober-Rechnungskammer und dem Polizei-Districts-Commissarius Reich zu Kogalen den Königlich-Kronen-Orden vierter Klasse; dem Wegemäster Wildner zu Koppitz im Kreise Pleß das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Commis Fritz Drees zu Weblingen im Kreise Grebenbroich die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und Königin haben den bisherigen großherzoglich-medlenburgischen Bevollmächtigten zum Bundesrath und außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Allerhöchsten Hoflager, Staats-Minister a. D. v. Bülow, zum Staats-Secretär des auswärtigen Amtes mit dem Range eines Staatsministers ernannt.

Se. Majestät der König hat den bisherigen Dirigenten der landwirthschaftlichen Regierungs-Abtheilung zu Frankfurt a. D. Ober- und Geheimen Regierungsrath v. Jund zum Dirigenten der neugebildeten General-Commission für die Provinz Brandenburg zu Frankfurt a. D. unter Beilegung des Amts-Charakters „General-Commissarius“ und des damit verbundenen Ranges der Räte dritter Klasse; sowie den Kreisrichter, Grundbuchrichter Boylen in Bergen auf Rugen zum Kreisgerichts-Rath ernannt.

Dem Hof. Vossen u. Schaeffer zu Darmstadt ist unter dem 7. October d. J. ein Patent auf eine Dampfhebevorrichtung auf drei Jahre erteilt worden.

Das dem Nähmaschinen-Fabrikanten Herrn Georg Herbst zu Bielefeld unter dem 1. März d. J. erteilte Patent auf eine Schutzwidzange ist aufgehoben.

Berlin, 10. Octbr. [Der Aufenthalt Sr. Majestät des Kaisers und Königs] in Baden hat, wie gewöhnlich, das Gepräge des ruhigen Familienlebens beibehalten und verweilen Allerhöchstdieselben nach den regelmäßigen Vorträgen täglich auf dem großherzoglichen Schlosse, während Ihre Majestät die Kaiserin-Königin den Kurgebrand stetig fortsetzt. — Se. königliche Hoheit der Großherzog zu Sachsen hat das kaiserliche Hoflager verlassen, wogegen Se. Hoheit der Prinz Hermann zu Sachsen-Weimar aus Stuttgart zum Besuch erwartet wird. — Gefeiert wurde die Verlobung des Herzogs von Hamilton mit Lady Mary Montague, Tochter des Herzogs von Manchester, gefeiert.

Se. Majestät der Kaiser und Königin reisen am 18. d. M. zum Besuch Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich nach Wien, woselbst Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin von Baden, auf Einladung des Kaisers Franz Joseph, mit Allerhöchstdieselben verweilen werden. — Auf der Rückreise aus Italien werden Ihre königlichen Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Carl von Preußen Wien, zum Besuch der Weltausstellung, berühren.

Ihre Majestät die Kaiserin-Königin wird sich Ende October nach Coblenz begeben.

[Ihre Majestät die verwitwete Königin] traf gestern Abend 7 1/2 Uhr mit dem Schnellzuge von Stolzenfels in Köln ein und setzte heute Morgen 9 1/4 Uhr mit dem Schnellzuge von Dussel aus der Reise hierher fort.

[Ihre königlichen Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Carl] sind in Begleitung Ihrer königlichen Hoheiten des Kronprinzen und der Kronprinzessin von Italien gestern Morgen in Mailand eingetroffen. Nachdem im Laufe des Vormittags die hervorragendsten Sehwürdigkeiten der Stadt in Augenschein genommen waren, fand darauf ein Gala-Diner im königlichen Palaste statt, zu welchem die Spitzen der Behörden eingeladen waren. Abends besuchten Höchstdieselben die Galerie „Vittorio Emanuele“, wo Ihre königlichen Hoheiten von einer zahlreich versammelten Menge mit den lebhaftesten Rundgebungen empfangen wurden. Gegen 9 Uhr begaben sich die Höchsten Herrschaften in das Theater, wo sie während des größeren Theils der Vorstellung verweilten. Bei ihrem Eintritt wurde die preussische Volkshymne gespielt und fanden bei ihrem Erscheinen eben so wie bei der Abfahrt vom Theater neue Ovationen seitens des Publikums statt.

[Se. königliche Hoheit der Prinz Friedrich Carl] traf vorgestern Mittag 12 Uhr 25 Minuten, von Springe kommend, in Hannover ein und reiste um 2 Uhr 2 Minuten von dort nach Potsdam weiter.

[Die Auflösung des Abgeordneten-Hauses] (s. die Verordnung oben an der Spitze des Blattes) wird durch folgendes Schreiben des Staatsministeriums motivirt:

Berlin, den 4. October 1873.

Das gegenwärtige Haus der Abgeordneten ist am 14. December 1870 zum ersten Male zusammengetreten. Nach Artikel 73 der Verfassungsurkunde

vom 31. Januar 1850 erlischt deshalb das Mandat desselben mit dem 14. December d. J. Im Interesse der rechtzeitigen Berathung des Staatshaushaltsplans für das Jahr 1874, sowie zur Vermeidung einer Collision zwischen den Arbeiten des Landtages und den Sitzungen des demnächst zusammenzutretenden Reichstages erachtet das kaiserlich-königliche Staatsministerium es für erforderlich, den Landtag schon im November d. J., mithin noch vor Ablauf der Legislaturperiode des gegenwärtigen Hauses der Abgeordneten zu berufen. Da es sich nicht empfiehlt, dieses letztere wenige Wochen vor dem Erscheinen seines Mandats noch einmal zusammenzutreten zu lassen, so wird, um den rechtzeitigen Beginn der Arbeiten des Landtages zu ermöglichen, gemäß Artikel 51 der Verfassungsurkunde zur Auflösung des gegenwärtigen Hauses der Abgeordneten geschritten werden müssen. Indem das Staatsministerium sich beehrt, Sm. Kaiserlichen und Königl. Majestät anliegend den Entwurf einer dementsprechenden Allerhöchsten Verordnung mit der Bitte um baldige Vollziehung allerunterthänigst zu unterbreiten, gestattet sich dasselbe zugleich die ehrfurchtsvolle Bemerkung, daß, im Falle der Allerhöchsten Genehmigung der vorgeschlagenen Maßregel, der Zeitpunkt für die Vornahme der bereits in der Vorbereitung begriffenen Neuwahlen in Gemäßheit der §§ 17 und 28 der Verordnung über die Wahl der Abgeordneten vom 30. Mai 1849 von dem Minister des Innern in der Weise festgesetzt werden wird, daß der Zusammentritt der beiden Häuser des Landtages in der ersten Hälfte des nächsten Monats erfolgen kann. Zugleich des Tages der Berufung wird das Staats-Ministerium Sm. Kaiserlichen und Königl. Majestät weitere allerunterthänigste Vorschläge zu machen nicht verfehlen.

Das Staats-Ministerium.

Gr. zu Eulenburg. Dr. Leonhardt. Camphausen. Falk.

Dr. Achenbach.

An Se. Majestät den Kaiser und König.

[Der Adresse des Herzogs von Ratibor] haben ferner

zugelinkt:

in Pleß: Moras, Redacteur, Brdyska, Feiereich, Knobloch, Kreis-

Secretär;

in Groß-Strehly und Umgegend: Dr. Broll, prakt. Arzt, D. W. Kaller, Kaufmann, Namczyl, Hausbesitzer, Kalkstein, Lehrer, S. Drabich, Kaufmann, C. Gottschalk, desgleichen, C. Grötschel, Referendar und Deputat in der Kaserne, A. Doh, Schuhmachermeister, A. Jäkel, Handschuh-fabrikant, A. Lomoth, Bäckermeister, K. Beck, Registrator, Marggraf, Rentant, Sollo, Bureau-Assistent, Lomoth, Detonomie-Beamter, Glagel, Actuar, Wenke, Kanzlist, Körnig, Bürgermeister, Wallach, Diätar, Dworski, Kreis-gerichts-Bureau-Assistent, Krautwurst, Gerichts-Volontär, Rampa, Kanzlist, Kucharczyk, Excutor, Kolono, Fleischermeister, Gärth, Gerichts-Secretär a. D., C. Göttinger jun., Kaufmann, Brandt, Tischlermeister, F. Göttinger, Student, J. Sobmer, Uhrmacher, Gebauer, Wirthschafts-Beamter, A. Gräßner, Brauerei-Besitzer, Himmell, Oberjäger in Kelsch, Obelga, Hilfsjäger in Jandowitz, Reinhold Schiwig, Ditten Inspector in Jandowitz, Kaiser, Förster in Jandowitz, Reich, desgleichen in Wirtzschlein, Edert, desgl. in Karlsbad, Lieb, Guisvach etc.

Dortmund, 10. October. [Die heutige Provinzial-Versammlung] der westphälischen Katholiken fand unter sehr reger Theilnahme statt. Den Verhandlungen ging Morgens 8 Uhr ein Gottesdienst in der evangelischen Marienkirche voraus, bei dem Bischof Reinens über Epheer 3 predigte und Professor Reusch die Messe celebrierte. In dem königlichen Hofe wurde um 11 Uhr die Versammlung selbst durch den Justizrath Schulz aus Bochum eröffnet. Es wurde von anderer Seite dabei der Versuch gemacht, die Verhandlungen zu stören; das Publikum selbst aber schritt gegen die Störer ein, von denen dann auch noch 5 verhaftet wurden. Nach diesem Zwischenfalle verließ die Versammlung in vollkommener Ordnung und Ruhe. Professor Knoodt sprach über die Veränderungen, die die ursprünglich von Christus und von den Aposteln gegründete Kirche erlitten und erörterte namentlich den Verlauf des letzten vatikanischen Concils und die Fortschritte, die der Katholicismus in den drei Jahren seines Bestehens gemacht. Professor Schulte legte in längerer Rede den Rechtsstandpunkt dar, auf dem der Katholicismus stehe. Bischof Reinens richtete das Schlusswort an die Versammlung, die allen Rednern einstimmig ihren Dank votirte. Die Versammlung schloß um 2 Uhr. Die zur Einzeichnung für die Mitgliedschaft bei der katholischen Kirche angelegten Listen bedeckten sich mit zahlreichen Unterschriften.

Bielefeld, 7. October. [Compromiß.] In einer am 5. d. dahier abgehaltenen sehr zahlreich besuchten Versammlung liberaler Männer aus dem Wahlkreise Bielefeld-Halle-Herford wurde nach einem Bericht der „Westf. Ztg.“ zwischen der Fortschritt- und national-liberalen Partei ein Compromiß dahin geschlossen, daß zwei Candidaten der Fortschritt- und einer der national-liberalen Partei aufgestellt werden sollten. Es wurden sodann 1) Kreisrichter Windthorst zu Bielefeld (Fortschritt), 2) Kaufmann Köster zu Halle (Fortschritt) und 3) Gerichts-Director Schulz zu Herford (national-liberal) als Candidaten aufgestellt, und zwar die ersten beiden einstimmig und letzterer mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität.

Dipladen, 6. October. [Zum kirchlichen Conflict.] Heute am Tage der kirchlichen Einführung des neu ernannten Pfarrers von Dipladen erschien der Landrath von Solingen in Begleitung des hiesigen Bürgermeisters im Pfarrhause und ließ dem Pfarrer ein Rescript der königlichen Regierung zu Düsseldorf vor, durch welches dem Ernenneten alle pfarramtlichen Functionen untersagt werden. Der Pfarrer lehnte es ab, das über die Verhandlung aufgenommene Protokoll zu unterschreiben. Kurz nachher wurde folgende Bekanntmachung angeschlagen:

„Da der Herr Erzbischof von Köln die durch § 15 des Gesetzes über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen vom 11. Mai dieses Jahres vorgeschriebene Anzeige von der Ernennung des hiesigen Pfarrers Junter zu Bergheim zum Pfarrer von Dipladen dem Herrn Ober-Präsidenten der Rheinprovinz nicht gemacht hat, so ist die erfolgte Uebertragung des Pfarramtes zu Dipladen gemäß § 17 l. c. als nicht geschehen. Nachdem dem Herrn Junter in Gemäßheit eines im Auftrage des Herrn Ober-Präsidenten von der königlichen Regierung zu Düsseldorf erlassenen Rescripts vom 1. dieses Monats von mir eröffnet worden ist, daß er demgemäß nicht beauftragt ist, irgend eine Handlung als Pfarrer von Dipladen, insbesondere keine kirchliche Gesandtschaft, Taufe oder Begräbnis der Parochianen — ohne sich nach § 23 l. c. strafbar zu machen, vorzunehmen, gebe ich im höheren Auftrage dem Kirchenvorstande und den Mitgliedern der katholischen Pfarrgemeinde hiervon Kenntniß, indem ich zugleich hervorhebe, daß Herr Junter insbesondere nicht beauftragt ist, die Mitglieder des Kirchenvorstandes zu Versammlungen zu berufen, und daß die etwa dennoch unter seiner Mitwirkung gefassten Beschlüsse, die von ihm vorgenommenen Satzungsänderungen u. s. w. ungültig sind, daß er zur Empfangnahme von Zahlungen und Gebühren für die Pfarrstelle zu Dipladen oder für die Kirchentafel nicht berechtigt ist, und Jeder, welcher Zahlungen oder andere Prästationen an ihn leistet, sich daher der Gefahr aussetzt, nochmals zahlen zu müssen, ferner: daß er zur Führung der Kirchenbücher nicht berechtigt ist, und Eintragungen, die er vornimmt, so wie Auszüge, die er daraus erteilen sollte, des öffentlichen Glaubens entbehren; daß ihm eben so die Vergewaltigung, in der Schule und bedarfs Vorbereitung zur Firmung resp. Communion den katholischen Religionsunterricht als Seelsorger zu erteilen.“ Solingen, den 6. October 1873.

Der königliche Landrath: Melbeck.

Hannover, 9. October. [Der kirchliche Conflict.] Wie schon erwähnt, hat der Bischof von Hildesheim, ohne die nach dem neuen Kirchengesetze erforderliche Anzeige bei der Staatsregierung zu machen, den Seminarpriester Sievers zum Pfarrverweiser in Seulingen bei Duderstadt ernannt. Kreishauptmann Rodewald hat dem Pfarrverweiser auch die Vornahme aller Amtshandlungen untersagt. Vom 6. October wird jetzt der „Hildesh. Ztg.“ vom Bischof be-richtet: Heute Nachmittag erschien der Kreishauptmann Rodewald in Begleitung des Bauernmeisters von Seulingen abermals in dem dortigen Pfarrhause und erklärte dem Pfarr-Administrator Sievers, daß alle pfarramtlichen Handlungen, die derselbe vornahme, gesetzlich ungültig seien. Darauf wünschte der Kreishauptmann die Kirchenbücher in Empfang zu nehmen oder wenigstens den Aufbewahrungsort derselben zu erfahren, um diesen zu versiegeln. Als nun die Herausgabe dieser Bücher, wie auch die Angabe des Ortes, wo dieselben zu finden seien, höflich verweigert wurde, erklärte der Kreishauptmann, daß er sich erst nähere Instruktionen einholen und dann wohl nächstens in Begleitung zweier Gendarmen wieder erscheinen werde, um die Kirchenbücher zu suchen und mitzunehmen. Zum Schluß protestirte der Pfarrverweiser gegen das ganze Verfahren. (S. C.)

Göttingen, 8. October. [Gebet für die rentirenden Pastoren.] Bei dem letzten Gottesdienste in der St. Johannis-Kirche hiesiger Stadt hat Herr Superintendent Rotholl, der sich auch schon früher gegen das Schulaufsichtsgesetz erklärt hat, für die rentirenden Geistlichen der Provinz Gebeten öffentlich gehalten. Es herrscht darüber große Aufregung, und es soll, wie wir hören, eine Untersuchung gegen den genannten Herrn angestrengt werden.

Meiningen, 9. October. [Der Staatsminister von Krosigk] hat, gutem Vernehmen nach, auf sein Ansuchen seine Entlassung erhalten; Staatsrath Giesecke ist zum Staatsminister und Regierungsrath Heim zum Staatsrath ernannt worden.

Leipzig, 10. October. [Wahl.] Nachdem auch Professor Friedberg die Vertretung der hiesigen Universität in der sächsischen ersten Kammer abgelehnt hatte, wurde Professor Fricke gewählt, der die auf ihn gefallene Wahl angenommen hat.

Weimar, 8. Octbr. [Dementi.] Es giebt gewisse Nachrichten, die regelmäßig in Zwischenräumen von einem oder mehr Jahren immer von Neuem aufgetischt werden und dabei nach wie vor ungegründet sind. Zu denselben gehört z. B. der Austausch Ostheims gegen bairisches Gebiet, der Austausch der halben Stadt Ruhla zwischen Weimar und Gotha u. dgl. m. Neuestens hat man es wieder einmal für gut gehalten, die sächsische Stadt des Landes, Ostheim, welche eine Enclave Bayerns bildet, als Verhandlungsobject zu bezeichnen. Es ist dies aber auch jetzt wieder eine Ente; Verhandlungen zwischen der diesseitigen und bayerischen Regierung haben sich auf Lehnverhältnisse, nicht aber auf Gebietsaustausch bezogen. (M. Z.)

Darmstadt, 8. October. [Prüfungen der katholischen Lehrer.] Infolge einer Verfügung des Directors des Ministeriums des Innern, Freiherrn v. Staudt, sind die Prüfungen der katholischen Volksschullehrer, welche unter dem Ministerium v. Dalwigk, zufolge einer stillschweigenden Vereinbarung, von der bischöflichen Behörde zu Mainz vorgenommen wurden, nunmehr wieder von der gesetzlich allein hierzu befugten Ober-Studiendirection vorzunehmen. (Fr. Z.)

Darmstadt, 10. October. [Die erste Kammer] trat heute in die Berathung über das Schulgesetz ein. Zwei der wichtigsten Artikel, 4 und 5, über die confessionlose Gemeindeschule wurden mit 16 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Münster, 9. October. [Der Entwurf des bayerischen Finanzgesetzes] für die nächste zweijährige Finanzperiode schließt in Einnahme und Ausgabe mit je rund 121 Millionen Gulden ab. (Fr. Ztg.)

München, 10. October. [Ernennung.] Der seitherige Ministerialrath im Cultusministerium von Hermann ist an Stelle des verstorbenen Freiherrn von Lerchenfeld zum Präsidenten der Kreisregierung von Oberfranken ernannt worden.

Stuttgart, 7. October. [Die „Volkspartei“] ist auf ein sinnreiches Mittel verfallen, wie der Candidatennoth für den nächsten Reichstag abzuhelfen sei. Zwar existirt die angebliche Candidatennoth bloß in der Einbildung des „Beobachters“; noch bei den letzten Ergänzungswahlen hat es durchaus nicht an Candidaten gefehlt. Aber allerdings Candidaten der Volkspartei, welche das Opfer einer unentgeltlichen Vertretung des Volkes bringen würden, mögen schwer aufzutreiben sein, und Angesichts dieses Uebelstandes sucht nun der „Beobachter“ seine demokratischen Leser an den Gedanken zu gewöhnen, daß sie sich „unter Umständen werden dazu entschließen müssen, auf eine factische Vertretung im Reichstage zu verzichten und es sich an der moralischen Wirkung des Wahlgesetzes genügen zu lassen.“ Das heißt also, das Volk solle Volksparteiker wählen, die im Voraus erklären, daß sie unbekümmert um das Mandat ruhig ihre Advocatur-geschäfte in Stuttgart weiter betreiben werden. „Mehr als ein Wahlkreis wird nothgedrungen darauf eingehen und seinem Vertreter gestatten müssen, vom Reichstage fern zu bleiben oder wenigstens seine Thätigkeit auf die Theilnahme an den wichtigsten Abstimmungen zu beschränken.“ Es ist aber doch sehr die Frage, ob das württembergische Volk auf seine Vertretung im Reichstage wird verzichten und die Gewissenlosigkeit seiner politischen Führer noch wird prämitiren wollen. (Westf.-Ztg.)

Stuttgart, 10. October. [Verbot.] Aus Sigmaringen wird dem „Schwäbischen Merkur“ gemeldet, die Regierung habe den Präses des dortigen St. Fidelis-Hauses in einem Schreiben vom 4. October davon benachrichtigt, daß die gedachte Anstalt als Erziehungsanstalt für den geistlichen Beruf auf Grund des Gesetzes vom 11. Mai c. keine Zöglinge aufnehmen dürfe.

Frankreich.

□ Proceß Bazaine.

[Sitzung vom 9. October.] Der Andrang des Publikums wird von Tag zu Tag größer. Heute war selbst der den Zeugen reservirte Raum (in welchem das Auditorium während jenes Theiles der Debatte da die Zeugen nicht anwesend sein dürfen, zugelassen wird) schon eine halbe Stunde vor Eröffnung der Verhandlungen überfüllt.

Die Damenwelt bildet heute nur mehr die Hälfte des Zuschauercontingentes. Morgen hofft man mit der Verlesung des Rapports und einer gewissen Anzahl notwendiger Anhangsdocumente geendet zu haben, und der Sonabend ist zur Verlesung eines Resumes aus dem Bericht bestimmt, in welchem die Hauptanklagepunkte summarisch gruppiert erscheinen.

Damit wird zwar natürlich die Sitzung nicht ausgefüllt, der Beginn des Verfahrens bleibt aber doch auf Montag verschoben.

Punkt 1 Uhr ertönt das Commandowort. Die Mitglieder des Tribunals nehmen Platz und der General-Präsident erklärt die Sitzung für eröffnet. Der von seinen Verteidigern unterstützte Angeklagte wird hierauf eingeführt und verneigt sich in gewohnter Weise vor seinen Richtern.

Ein neuer Zeuge (Brice) meldet sich auf den Appell. Die Menge wird immer compacter, die Zahl der bedeutenden Persönlichkeiten ist geringe. Vor dem Tribunale liegen strategische Karten der Umgebung von Metz ausgebreitet. In der Haltung des Angeklagten keine Veränderung wahrzunehmen.

Fortsetzung des Anklageberichtes.

Am selben Tage brachte ihm ein bei Beginn des Krieges seinem Stabe zugetheilte Gefandtschaftssekretär, Herr Debains, der die Linien nicht durchbrechen konnte, aus Paris bei den Deutschen eingeholte Nachrichten, welche die Sachlage für die Franzosen als verzweifelt hinstellten. Der Marschall ordnete die schriftliche Mittheilung dieser Nachrichten an die Corpscommandanten an, obwohl das Militärgeheim die Veröffentlichung von aus dem feindlichen Lager anlangenden Nachrichten auf das Strengste untersagt. Nur auf die energigsten Einwendungen seines eigenen Stabes änderte der Marschall seinen Befehl dahin ab, daß das betreffende Schriftstück den Generalen nur vorgelesen und nachher vernichtet werden sollte, was an der Sache blutwenig änderte. Damit nicht zufrieden theilt er auch noch selber einem ihm unbekannten Officier den Fall von Straßburg mit und erklärt ihm, daß die Partie für diesmal verloren sei, daß man Frieden schließen und in zwei Jahren von vorne beginnen müsse. Zur Beurtheilung dieser Handlungsweise sei kein Commentar nöthig, meint der Bericht.

Am 14. erhält er durch den Sapeur-Brigadier Bennetier Kunde von der Proclamation des 8. September, von der Einberufung der Wähler für den 16. October, davon, daß Paris sich drei Monate halten könne und daß man zur Verteidigung bis auf's Aeußerste entschlossen sei. Man erst theilt er in einem Armeebefehle seinen Truppen alle äußeren Vorgänge mit, und spricht von der Pflicht der Verteidigung des Territoriums gegen die schlechten Leidenschaften, scheint aber im Ganzen die Regierung doch anzuerkennen.

Im vierten Capitel wird von seinen unerlaubten Bourparlers mit dem Prinzen Friedrich Karl gehandelt, und aus einem Communiqué der deutschen Regierung, welches am 11. September in den Blättern von Rheims erschienen war, geht hervor, daß dieselbe Bazaine eine politische Rolle zu spielen oder zuzugestehen schien. Es heißt da unter Anderem: „Im ganzen ist die deutsche Regierung geneigt, mit Frankreich zu unterhandeln, aber sie kann dies nur mit dem Kaiser, der Kaiserin oder Bazaine. Napoleon ist in Gefangenschaft, die Regentin außerhalb Frankreichs, der Marschall ist also allein in der Lage zu unterhandeln; er allein verfügt über die notwendigen Kräfte, welche den Unterhandlungen zur Bürgschaft dienen können.“

Diese Erklärung sollte also zum Hebel dienen, um die Entschlüsse des Marschalls in diesem Sinne zu schneller Reife zu bringen. Sie wurde ihm durch Bismarck am 22. September nach seiner Angabe, wahrheitsgemäß aber viel früher zugemittelt. Durch Arnous-Rivière, einem demissionirten Offizier zweifelhaften Charakters, dem Bazaine eigenthümlicher Weise Anfang September das Commando über die Vorposten bei Moulins anvertraute und durch dessen Vermittelung die Correspondenz zwischen den beiden Oberbefehlshabern und der Parlamentairdienst besorgt wurde, durch diesen Arnous-Rivière erfahren wir, daß Bazaine schon am 11. September ein Schreiben von Prinz Friedrich Karl empfangen oder an denselben gerichtet hat. Am 17., 22. und 23. weitere Parlamentäre und weitere Depeschen; Capitän Garcin erklärt, in der Zwischenzeit noch einen Parlamentär, einen Herrn Distau, Offizier aus dem Generalstabe Friedrich Carl's, der im Laufe des October häufig bei Bazaine gesehen wurde, zu dem Marschall gebracht zu haben. Waren das die einzigen Emissäre, die er empfangen?

Aus der Aeußerung Bismarck's Jules Favre gegenüber (Friedrichs, 19. September), daß die Pariser Regierung auf Bazaine nicht rechnen könne, geht unzweifelhaft hervor, daß zu dieser Epoche in der Haltung des Verteidigers von Metz schon eine Aenderung eingetreten war.

Das 5. Capitel ist dem Régner-Zwischenfalle, der Abreise des General Bourbaki und dem Scheitern der eingeleiteten Unterhandlungen gewidmet.

Ueber diesen Punkt der Anklage wird das Zeugenerhör ausfallen. Zwei Facta von eminenter Wichtigkeit, sagt der Bericht, ergeben sich aus der Deposition Régner's: Einerseits theilt der Marschall dem ersten besten, einem Unbekannten, der keine geübte Bismarck vorweisen hat, dafür aber ganz bestimmt mit dem Feinde in Verbindung steht, genau den Probantenvorrath der Festung mit; andererseits erklärt sich der Marschall demselben Unbekannten gegenüber zur Capitulation bereit, wenn er nur mit kriegerischen Ehren abgehen darf. Nachdem er die Regierung der Nationalverteidigung, dadurch daß er ihre Zusammenfassung seiner Armee notifizirte, anerkannt hat, läßt er sich in Unterhandlungen ein, welche die Restauration des imperialistischen Régimes zum Objecte haben, und all das ohne Vorwissen seiner Unterbefehlshaber, die er aber nichtsdestoweniger und ohne sie befragen zu haben, als mit ihm eines Sinnes hinstellt, giebt er doch selber zu, Régner gegenüber geäußert zu haben, daß die Armee, wenn sie mit Sad und Bad Metz verlassen könnte, sie die Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten und die Einhaltung der Stipulationen des Vertrags zu erzwingen wissen würde.

Das heißt, bedingt der Rapporteur, im Nothfall mit Waffengewalt gegen die nationalen Armeen einzuwirken, und das gerade im Augenblicke, wo seine eigenen officiellen Proclamationen konstatiren, daß die neue Regierung den Krieg bis auf's Aeußerste fortzusetzen gedenke. Mußte nicht der Marschall diesen Agenten des Feindes vielmehr den Kriegsgerichten überliefern, als ihn anhören?

Auf die Mystification Bourbaki's bezüglich enthält der Bericht nichts Neues von Bedeutung.

Die Unterhandlungen mit Régner ergeben kein Resultat, weil Bismarck weiß, daß er von einer Corporation Bazaine's mit den neuen Armeen nichts zu befürchten habe, und daß diesen übrigen der Hunger in einer bestimmten Frist zur Capitulation zwingen wird. Deshalb kehrt auch der Agent, von welchem der Rapport ein nicht eben schmeichliches Portrait entwirft, nicht nach Metz zurück. Er hat seine Schuldigkeit getan.

Seinem eigenen Gekränktheit zufolge hat er sich schon am 23. September (also ungefähr einen Monat, ehe ihn die Noth dazu zwang) Régner gegenüber herab erklärt, mit kriegerischen Ehren zu capituliren. Am 29. bietet er diese Capitulation selber dem Feinde an. „Man muß es aussprechen: Eine solche Haltung nach einer solchen Unthätigkeit ist in der Kriegsgeschichte unerbört.“

Im 6. Kapitel wird dem Angeklagten nochmals die Unthätigkeit vorgeworfen, in der er sich gefallen. Während die unter seinem Commando stehende Armee vom 6. August bis zum 1. September 40,000 Mann verlor, beträgt ihr Verlust von da ab bis zur Uebergabe der lothringischen Festung nur mehr 2000 Mann. Am 26. August war im Kriegszustande geschlossen worden, durch eine ganze Serie von kleinen Operationen die Armee in Altkem zu erhalten, aber nichts geschah. Die Schuld daran schieben sich der Marschall und seine Unterbefehlshaber gegenseitig zu. Der Anklage zufolge hätte es nicht bei kleinen Operationen sein Bewenden haben dürfen. An der Spitze von 140,000 Mann stehend, mußte der Marschall den Einschließungsring durch fortgesetzte Ausfälle zu erweitern trachten und dadurch den Feind entweder zur Aushebung der Garnirung zwingen, oder an einem der durch diese Erweiterung geschwächten Punkte den Durchbruch forciren. Seine Unthätigkeit während des September bildet einen niederschmetternden Anklagepunkt, da er dadurch seine Armee unabwieslich zur Capitulation führte.

Das 7. Capitel handelt von den Beziehungen des Marschalls zu der Regierung der Nationalverteidigung. Im Allgemeinen geht daraus hervor, daß Bazaine dieser wie Empire gegenüber freie Hand behalten wollte. Aus mehreren Zeugen Aussagen geht hervor, daß ihm im Laufe des September und selbst noch im October alle möglichen Mittel zur Verfügung standen, um sich mit der Pariser oder Tours'er Regierung in Contact zu setzen. Er habe sie aber gänzlich vernachlässigt, um dann am 21. October nach Tours eine Depesche folgenden Inhalts senden zu können: „Zu verschiebenden Malen habe ich Leute mit Nachrichten über die Weigerung nach Paris und Tours geschickt. Inzwischen hat sich unsere Lage verschlimmert und ich habe weder von Paris noch von Tours jemals eine Communication erhalten. Und doch wäre es für mich sehr dringend zu wissen, was in der Hauptstadt vorgeht, denn in Luxemburg wird mich der Hunger zwingen, im Interesse Frankreichs und dieser Armeen einen Entschluß zu fassen.“ Diese Depesche war aber noch dazu chiffirt und in Tours besaß man nicht den erforderlichen Schlüssel.

Einen ganzen Monat hindurch gehen Bailone von Metz ab, welche die Bevölkerung nicht aber der Marschall zum Verkehr mit der Außenwelt benützt. Die Regierung der Nationalverteidigung häuften in der nächsten Nähe von Metz, in Lionville, Vorräthe für ihn an und er machte nicht die geringste Anstrengung um zu ihnen zu gelangen.

Im Rückum dieses 2. Theiles ist gesagt: Zwei Gründe haben den Marschall zu seiner Unthätigkeit im September veranlaßt:

Die Schwankung, in welche ihn die Nachrichten aus Sedan und Paris verfielen.

Die mit dem Feinde eingeleiteten geheimen Unterhandlungen.

2ter Theil.

Capitulations-Periode (vom 7. bis zum 29. October).

Da Régner, der versprochen hatte, in 6 Tagen, d. h. am 1. October mit einer Antwort zurück zu sein, sich weder an diesem noch an den folgenden Tagen blicken ließ, und auch weder von der Kaiserin noch von Bismarck Bazaine ein Lebenszeichen wurde, so konnte er wissen, daß von dieser Seite her nichts mehr zu hoffen war, und noch war es Zeit auf den rechten Weg zurückzukehren. Aber sein persönlicher Ehrgeiz war stärker als alle diese Erwägungen und er ergriff die Initiative zu neuen Unterhandlungen. Inzwischen meldete ihm Platzcommandant Coffinières am 7., daß Armee und Garnison nur noch für 5 Tage, Maximum 8 Tage Brod besäßen. Am selben Tage forderte er die Corpscommandanten und die Befehlshaber der Specialwaffen (Artillerie und Genie) schriftlich auf, ihm ihr Gutachten über die Lage mitzutheilen, am selben Tage auch ließ er auf die Angabe einiger Metzger Bürger hin eine Foraging-Operation in der Richtung von Bellevue und Saint Remy vornehmen, wobei ihm die Armee deutlich bewies, daß sie noch einer großen Anstrengung fähig sei. Er will auch an diesem Tage ernstlich daran gedacht haben, die feindlichen Linien zu durchbrechen. Wie läßt sich aber das damit zusammenreimen, daß er die Truppen ohne Tornister zum Gefechte austreten ließ?

Auf dem am 10. October abgehaltenen Kriegsrathe sprachen sich Lebouef und Coffinières mehr oder minder explicirt für einen letzten Durchbruchversuch aus. Letzterer resumirte die in der Armee herrschende Stimmung in folgenden sehr bezeichnenden Worten: „Welches auch das Resultat (dieses Versuches) sein möchte, so würde man doch mit Ehren unterliegen. Auch General Admiralant erklärte, den Marschall bei einem letzten energigsten Schritte unterstützen zu wollen. Freytag und Canrobert waren für augenblickliche Unterhandlungen, denen sich der Marschall (offenbar) entgegensetzte, indem er seinen Unterbefehlshabern auch diesmal noch keine Conferenzen mit dem Feinde verschwie. Da sich die Majorität der Corpschefs unter diesen Umständen für Negotiation aussprach, schloßen sich Lebouef, Coffinières und Admiralant.

Das zweite Capitel ist der Mission General Boyer's im Versailler Hauptquartier gewidmet. In seiner ersten Unterredung mit dem preussischen Premierminister, lieferte ihm dieser eine graugemaßte Schilderung der Lage Frankreichs und gab auf das Verlangen Bazaine's, seine Armee mit kriegerischen Ehren abziehen zu lassen, zur Antwort, daß dies als eine rein militärische Angelegenheit nicht seine Sache, daß er aber im Vorhinein überzeugt sei, der König werde keine andern Zugeständnisse als bei Sedan machen.

Spanien.

Alicante, 1. October. [Ueber das Bombardement vom 27. September] schreibt man den „H. N.“: Wenn ich dem munteren Leben in dem schiffswimmelnden Hafen vor meinem Fenster zusehe, den Arbeitern, welche die Waaren verladen, dem Fußtrichter, der die lange Reihe Maulthiere vor seinem Karren durch den auswirbelnden dichten Sand der Straße prügelt und schreit, den Kaufleuten und Mäklern, die hin und wieder eilen, so wird es mir schwer zu glauben, daß diese so ganz in ihre Arbeit vertiefte Bevölkerung eben erst die Schrecken eines Bombardements überstanden hat. Nur die fremden Fregatten, welche noch vor den Hafen liegen, passen nicht recht in das Bild des Friedens. Und wenn man nachfragt, kann man wohl auch hören, daß der Verkehr unter unter der doppelten Plage der Cantonalen und der Carlisten leiden mußte. Nur eben jetzt, nachdem eine ganze Woche durch die Piraten verdohten worden, habe man zu thun, um das Verlamme nachzuholen und aufzuarbeiten.

Das Bombardement hat am Vormittag des 27. September sechs Stunden gedauert. Die Generale, welche die Verteidigung leiteten, haben den Allcantinern versichert, daß sie nie in ihrem Leben ein so heftiges Feuer gesehen haben. Die Annalen der Stadt werden verzeichnen, daß 168 Schiffe auf die Stadt gefallen sind und daß man Granaten zu 300 Pfund gefunden und daß etwa 50 Häuser von Kugeln getroffen wurden. Dem fernen Entel, welcher die Chronik seiner Vaterstadt durchblättern wird, mögen, wenn er eine lebhaft Phantastie hat, Thränen kommen über das Bild von Zerstörung, das ihm aus seiner Chronik auftaucht und der Wirklichkeit nicht entspricht. Wohl sind die Kugelschüsse in vielen Straßen zu finden, aber Trümmer sind fast keine zu sehen. Das Ziel der feindlichen Geschosse war nicht die Stadt selbst, sondern die kleine so gut wie verlassene Festung auf dem Felsen, an welchen sich die Stadt so nahe anschmiegt, daß der drohende Sturz der mürben Felsblöcke für einen Theil der Bevölkerung eine dauernde Gefahr bildet und jetzt die zurückgeworfenen oder schlecht gezielten Kugeln die anliegenden Häuser beschädigt haben. Wie auf dem Felsen waren an drei Punkten des Hafens und des Ufers Batterien errichtet, welche die weiteren Zielpunkte der Piraten waren. Auch diese wurden nicht immer getroffen und die verlorenen Kugeln flogen in die Stadt. Der Schaden an Gebäuden ist also im Ganzen von geringem Belang.

Auch die Opfer an Menschenleben, welche der traurige Tag kostete, fielen theils in der Festung, wo eine Granate in eine Schenke einschlug, sieben Menschen (3 Carabiniers, 2 Frauen und 2 Kinder) tödtete und andere verwundete, theils in einer Batterie, wo ein Artillerist zusammen geschossen wurde.

Hätte also auch das Unglück größer werden können, so bleibt doch die That, welche den Allcantinern die Gelegenheit zu solch empfindbarem Selbstmitleid gab, ein ungeheures Verbrechen, welches durch keine Verurteilung auf die Nothwendigkeiten des Krieges zu entschuldigen ist. Man fragt sich: War es den fremden Geschwadern, welche dem Bombardement müßig und instructionsmäßig neutral zuschauten, nicht möglich, die Barbarei zu verhindern? Das consularische Corps machte vom Beginn der Giffrage an unermessliche Anstrengungen, mit Hilfe der Schiffe ihrer Staaten das Bombardement abzuwehren. Was sie erreichen konnten, war die Frist, welche dem Chef der Expedition Carreras auferlegt wurde. Und als dieser die Rhetorik von Alicante verließ und zurückkehrte, um das Bombardement sofort zu beginnen, waren es wieder die Consuln, welche wenigstens zwei weitere Tage Aufschub erlangten. Geheime Unterhandlungen, welche im Namen der Regierung mit den Cantonalen in Cartagena gepflogen wurden, schlugen fehl und der Chef General Martinez Campos wollte von einer Verzögerung der Action überhaupt nichts wissen; er schickte mit dieser Erklärung einen Adjutanten an Bord des englischen Admiralschiffs. Die zwei Tage des Aufschubs waren das Letzte, was erreicht werden konnte. Die Commandanten glaubten jeden Schein einer Intervention vermeiden zu müssen, da ihre Instruction auf den Schutz des Lebens und Eigenthums ihrer Staatsangehörigen beschränkte. Der Capitän des „Friedrich Carl“ hatte Dredge, im Einverständnis mit dem englischen und dem französischen Commandanten zu handeln. „Was soll uns — sagte man mir — der Schutz unserer Person und unseres Eigenthums? Man ist bereit und an Bord zu nehmen; das haben wir nicht nöthig, wir kommen in einer halben Stunde auf unsern sichern Landhieb. Man giebt uns Zeit, ein paar Schachteln und das baare Geld wegzunehmen; aber unsere Häuser, unsere Interessen, die durch den Bestand der Stadt, durch die Zahlungsfähigkeit der Bürger bedingt sind, giebt man Preis? Man erkennt einen Haufen losgelassener Sträflinge, die auf Raub ausgehen, als kriegsführende Macht an. Hatte Capitän Warner, der an der ganzen Küste verstreut wird, vielleicht mit der „Vigilante“ zu rasch gehandelt, so war sein Verhalten vor Malaga das eines braven Mannes, der einen Bekehrten nicht in Räuberhände fallen läßt. Was vor Malaga recht war, wäre es hier noch mehr gewesen, weil die Rebellion in Carthagina auf eine Zuchtshausbande reducirt ist, welcher gegenüber von politischen

Erwägungen gar keine Rede sein kann. Aber das Unabsehbare geschah; Carreras kündigt am 26. auf den anderen Morgen in einem Ultimatum an die Consuln das Bombardement an, welches, leicht zu verhindern sei, wenn sich die Stadt ergeben oder einen Vertrag mit ihm abschließen wolle.“ Die fremden Fregatten ziehen sich zurück und lassen die Piraten sechs Stunden lang ihre Geschosse in die Stadt werfen. Dann, als das Bombardement zu Ende war, schickte der französische Commodore an den General Ceballos, welcher Martinez Campos im Generalcapitanat für Valencia ersetzt hatte, und ließ ihm Arznei für die Verwundeten anbieten. Es wurde ihm trocken geantwortet, daß man französischer Hilfe in keiner Weise bedürftig sei.

Ein Antheil an der Verantwortlichkeit für das Bombardement wird speciell den Engländern zugewiesen, welche mit der ungerechtfertigten Verzögerung der Herausgabe der weggenommenen Fregatten „Victoria“ und „Almanza“ die Madrider Regierung eines ausreichenden Belieferungsmittels beraubten. Als endlich am Vorabend des Bombardements die Fregatten herausgegeben wurden, waren sie ohne Kohlen, in einem Zustand, welcher sie für den Augenblick noch unbrauchbar machte. Der Contre-Admiral Lobo scheut keine Anstrengungen, um die Schiffe in kürzester Zeit auszurüsten. Und dann, hofft man, soll es mit Cartagena, wo die Sträflinge die Andern zur Fortsetzung des Widerstandes zwingen, zu Ende sein. Heute Abend war Alicante auf's Neue in Schrecken versetzt. Vom Hauptquartier vor Cartagena wurde telegraphirt, die Fregatten der Insurgenten seien auf's Neue nach Osten hinausgelaufen. Gilt der Ueberfall wieder Alicante oder Barcelona oder den Balearen? Kein Mensch an der Küste ist vor den Seeungeheuern sicher. In später Stunde ließ der Gouverneur ein Extrablatt vertheilen, welches sagte, die Fregatten seien zurückgekehrt. Doch ist man auf der Hut und der erste Sieg giebt den Allcantinern die Zuversicht, daß die Piraten keinen Fuß auf Ufer setzen werden.

[General Martinez Campos] und sein Auftreten in Alicante wird in einer Correspondenz der „Times“ folgendermaßen geschildert:

Am Morgen des 24. September hatte auf der französischen Panzerfregatte „D'Eden“ zwischen den Commandanten der in der Nähe von Alicante vor Anker liegenden fremden Geschwader eine Berathung stattgefunden, deren Resultat war, daß man den Insurgenten einen vierstägigen Aufschub des Bombardements anbot, widrigenfalls man sich demselben überhaupt widersetzen werde. Als der General Martinez Campos, der kurz vorher in der Stadt angekommen war, von diesem Beschluß Kenntniß erhielt, erklärte er, daß es seine Sache sei, eine spanische Bevölkerung und Stadt zu beschützen und sandte seinen Adjutanten mit Instructionen in diesem Sinne an die fremden Commandanten ab. Die erste Antwort dieser laute, daß sie jene Maßregeln nur ergreifen hätten, um die Interessen der Angehörigen ihrer Nation zu wahren, und daß sie allerdings ihre, nicht die Sache eines spanischen Offiziers. Später scheint man einigermaßen anderen Sinnes geworden zu sein, indem man dem General anzeigte, daß die verlangte Frist auf zwei Tage herabgesetzt sei. Martinez Campos scheint allerdings zu weit gegangen zu sein, indem er von einem Aufschub des Bombardements überhaupt nichts wissen wollte, sondern lieber den Kampf mit den Insurgenten sofort begonnen hätte, um des militärischen point d'honneur willen eine Stadt dem Bombardement preiszugeben, dürfte sich wohl schwerlich rechtfertigen lassen. Die Civilbehörde schien dafür auch wenig empfänglich zu sein; sie sandte eine Depesche nach Madrid, worin sie gegen das Verhalten des Generals protestirte, während dieser sich ebenfalls an das Ministerium um Instruction wandte. Der Befehl fiel zu Gunsten der Civilbehörde aus, und nach den Ginen gab der General seine Entlassung, nach den Anderen erhielt er sie. Einige Stunden später besaßen sich 500 Stüd feindliche Geschosse in der Stadt. Dies hinderte das Ayuntamiento nicht, nachher eine stolze Siegesdepesche nach Madrid zu senden und sich ob seines Heldennuthes beglückwünschen zu lassen.

Belgien.

Brüssel, 5. October. [Legitimistische und ultramontane Hoffnungen.] Bis zur Stunde, schreibt man dem „Fris. Journ.“ ist Graf Chambord noch nicht in Belgien eingetroffen. Man erwartet ihn indes, und der beste Beweis liegt in den zahlreichen Ausweisungen französischer Flüchtlinge, welche, wie es heißt, im Laufe der verfloffenen Woche der Chef der belgischen Sicherheitspolizei anzuordnen geruht hat. Unsere Ultramontanen sind schon der Restauration in Frankreich so sicher, daß sie mit ihren Reactionsplänen gar nicht mehr hinter dem Berg halten. Das bischöfliche Organ aus Gent, das „Vien public“, veröffentlicht in diesem Augenblicke eine Reihe dogmatischer Artikel, welche das von der großen französischen Revolution geschaffene Erbrecht aller Kinder und die Abschaffung der Erstgeburt-Rechts und der Majorität als ein „satantisches Werk“ bezeichnen! Also nicht nur politisches und sociales Recht, sondern auch das Civilrecht soll umgeworfen und die Welt wieder in mittelalterliche Ketten und Bande geschlagen werden! Diese Leute sind schon siegestrunken, ehe die Schlacht geschlagen ist und sie siegreich geblieben sind; was werden erst für Anschläge am Tage nach der bourbonnischen Restauration an's Tageslicht treten? Hier in Belgien wird der erste Rückschlag einer französischen Restauration eine anti-clericale Bewegung sein. Daran zweifelt Niemand.

[Der Viscomte de Kerthove.] Der wegen nächtlichen Einbruchs und Diebstahls bei seinem Onkel, Herrn Penarande, verfolgte Viscomte de Kerthove begab sich nach vollbrachtem Raub direct nach Monaco zur Spielbank und spielte dort mit einer Seelenruhe, und zwar mit den höchsten Einsätzen, daß er die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zog. Er hatte ungefähr 40,000 Frs. gewonnen, als die belgischen Zeitungen seine Geschichte zu erzählen angingen. Da verschwand der junge hoffnungsvolle Sohn des clericalen Deputirten urplötzlich und ließ sich nicht mehr in den Spielfällen sehen. Ein anderer Belgier, der zufällig in Monaco war und die Familie de Kerthove kannte hatte ihn veranlaßt, eilte das Weiße zu suchen. Unterdeß läßt sein frommer Vater Messen für das Wohlergehen seines wohlgerathenen Sohnes lesen!

Großbritannien.

* London, 8. October. [Angriffe auf Gladstone.] Auch in Irland, auf dessen Dankbarkeit Gladstone noch das unbestrittenste Anrecht besitzt, wurde wieder einmal bitter gegen ihn losgezogen. Vorgelesen gab es nämlich in Dublin unter dem Vorsitz des Unterhausmitgliedes Callan eine neue Kundgebung zu Gunsten der noch in Gewahrsam befindlichen Soldaten, die zu den Feiern übergegangen waren, und bei dieser Gelegenheit wurde ein ganzer Ocean von Zorn und Verachtung über das Haupt des Premiers ausgeschüttet. Munster warf ihm vor, daß er die irische Nationalität begraben wolle, und Butt schalt ihn einen elenden Eusebisten, weil er die Defekte des Militärs nicht wie die anderen Gefangenen Feiner vor die Gollgerichte gebracht hätte. Solche Schmähereien und noch andere wurden ihm von dem „dankbaren“ Irland an den Kopf geworfen, weil einige Defecture in Haft gehalten werden, die von continentalen Kriegsgerichten wahrscheinlich zum Tode verurtheilt worden wären.

[In dem Sanitätsdepartement des socialwissenschaftlichen Congresses zu Norwich] wurde in der vorgestrigen Sitzung auf die Nothwendigkeit aufmerksam gemacht, die Häuser auf dem flachen Lande wie in den Städten nach sanitärischen Prinzipien zu erbauen. In der national-ökonomischen Abteilung waren Unterstufungsvereine, die Vorteile des Vapiergeldes, die fernere Ausnutzung des Bodens, die Conserbation von Fleisch und andere Themata Gegenstand der Vorträge und Erörterungen. Als Carpenter empfahl in der Unterrichtssection die Gründung einer neuen Agentur und weiterer Schulen, um auch die große Anzahl derjenigen Unglücklichen, welche trotz aller bisher von der Regierung wie privatim gemachten Anstrengungen keinen Unterricht genossen haben und genießen, zum

Unterstützte heranzuziehen. In der juristischen Abtheilung endlich wurde eine Reform in den Landpachtverhältnissen befürwortet, weil der Boden für die große Bevölkerung nicht das Letzte, was er könnte, wenn die Pächter es in ihrem Interesse fänden, große Verbesserungen vorzunehmen.

Ueber den „Einfluß der hohen Kohlenpreise auf die hiesige Industrie“ hielt der als Nationalökonom bekannte Professor Leon Sebi im Kings College einen längeren Vortrag. Redner war der Ansicht, daß die parlamentarische Commission zu nicht ganz richtigen Schlüssen gekommen sei und meinte, daß die Anstrengungen der Arbeiter ihre elende Lage zu verbessern in gar keinem Verhältnisse stehen zu der stets vorhandenen Gerechtigkeit bei den Grubenbesitzern und Kohlenhändlern das Eisen zu schmieden, so lange es warm sei. Während die Löhne der Grubenarbeiter um 62 Procent nur erhöht worden seien, habe man den Preis der Kohlen um 400 Procent beinahe erhöht. Jedenfalls haben die Besitzer mehr als die Arbeiter durch das Herausheben der Preise profitirt. Der Professor spricht sich gegen Aufhebung einer Kohlenexportsteuer aus, sowie gegen jede Einmischung der Regierung, gleichviel ob gegen die Coalition der Kaufleute oder der Arbeiter. Zur Abhilfe empfiehlt Redner die Zangsgriffnahme neuer Minen und Anwendung von Kohlensteinmaschinen, wodurch den Coalitionsen wirksam entgegen gearbeitet werden könne.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 11. October. [Angekommen.] Ihre Durchlaucht Prinzessin von Sangusko aus Krakau. Durchlaucht Prinz von Sanguski, dgl. von Meyer, R. A. Staatsrath, aus Petersburg. v. Zuchanowski, Präsident d. Er. Grellenz Graf von Malcan, Ober- Erb-Kämmerer von Schlesien und freier Standesherr auf Schloß Wilitz. (Fremdbd.)

* [Zanzuski.] Da im Laufe des Monats September und bis hien im Breslauer Landkreise keine Erkrankung an der Cholera vorgekommen ist, so ist die Kreisblatt-Bestimmung bezüglich des Verbots von Zanzuskarbeiten wieder aufgehoben worden.

* [Unterricht in weiblichen Handarbeiten.] Auf Anordnung des Hrn. Cullusministers ist der Unterricht in den weiblichen Handarbeiten auch in den Volksschulen auf dem Lande und in den kleinen Städten obligatorisch geworden; er muß wöchentlich in mindestens 2 Stunden erteilt werden. Der Herr Landrath des Breslauer Kreises legt diese Angelegenheit in einer Verfügung den Orts-Vorständen dringend ans Herz.

* [Zur Schulaufsicht in Oberschlesien.] Zu Local-Schulinspektoren sind ernannt worden: Der Prediger A. Schütz zu Gnadenfeld für die evangelischen Elementarschulen in Pawlitz und Gnadenfeld, Hr. Kofel; der Rittergutsbesitzer Deloch zu Gröblich für die kathol. Elementarschulen in Groß-Nimbsdorf, Kreis Kofel; der Kreisrichter a. D. Petered zu Neudorf für die katholischen Elementarschulen zu Wobila, Alt-Gieslau, Nadel und Groß-Göllin, Kreis Zarnowitz; Herrar Sobotta zu Alt-Nepten für die katholischen Elementarschulen in Alt-Zarnowitz und Biallesna, Kreis Zarnowitz.

[Bezüglich des Religionsunterrichts in den Volksschulen] macht die Regierung zu Doppeln folgendes bekannt: „Bei diesen Schulen unserer Gegend sind an Stelle der bisherigen geistlichen Schulrevisoren weltliche Localschulinspektoren nach § 2 des Gesetzes vom 11. März 1872 berufen worden. Zur Klarstellung der obwaltenden Rechtsverhältnisse bei solchen Schulen in Ansehung des Religions-Unterrichts machen wir die beteiligten Localschul-Inspektoren und Lehrer auf Folgendes aufmerksam:

1. „Alle öffentlichen Elementarschulen sind Anstalten des Staates (§ 1. II. 12. Allg. L.-R.). die Lehrer an diesen Schulen gehören zur Kategorie der Staatsdiener. Der Religions-Unterricht in der Elementarschule ist ein integrierender Theil des gesammten Elementar-Unterrichts. Zu Lehrern werden nur solche Personen berufen, welche durch ein Zeugnis der competenten Behörde ihre Befähigung zum Lehramte in allen Zweigen des Elementar-Unterrichts mit Einschluß des Religions-Unterrichts nachgewiesen haben. Mit der Amtseinführung durch das Organ der staatlichen Schulaufsichtsbehörde überkommt der Lehrer das Recht und die Pflicht, Unterricht auch in der Religion zu erteilen. Es bedarf hiernach nicht der feierlichen Ablegung des confessionellen Glaubensbekenntnisses vor der Uebernahme des Religions-Unterrichts.

II. „Der weltliche Localschulinspector übt im Auftrage des Staats die Aufsicht über den gesammten Unterricht in der Elementarschule, also auch über den Religionsunterricht. Er ist befugt, jederzeit dem Religions-Unterricht beizuwohnen, mag ihn der Lehrer oder der Geistliche erteilen. Er hat darüber zu wachen und darauf zu halten, daß der Religions-Unterricht zu den im Lehrplane angeordneten Stunden und nach Maßgabe der allgemeinen, von der Schulaufsichtsbehörde erlassenen Bestimmungen erteilt werde, insbesondere auch in Rücksicht der Sprache, in welcher derselbe zu erteilen ist. — Eine Einwirkung auf den sachlichen Inhalt der Religionslehre steht ihm nicht zu. Es ist aber selbstverständlich, daß die Religionslehre nichts enthalten darf, was den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten zuwider läuft (Art. 12 der Verfassung), oder gegen die Vorschriften § 13, 14, II. 11 Allg. L.-R. verstößt.

III. „Nach Art. 24 der Verfassung und § 3 des Gesetzes vom 11. März 1872 leiten die betreffenden Religionsgesellschaften den religiösen Unterricht in der Volksschule. Der Geistliche, in dessen Parochie die Volksschule gelegen ist, oder sein Vertreter ist daher berechtigt:

- 1) in der lehrplanmäßig angeordneten Religionsstunde dem Unterricht beizuwohnen,
- 2) den Lehrer zu leiten, ihn eventuell sachlich zu berichtigen und zu belehren,
- 3) anstatt des Lehrers und für den Lehrer selbst zu unterrichten, zu katechisieren, und sich von den Fortschritten der Schüler zu überzeugen (vergl. für katholische Schulen § 48 des Reglements vom 18. Mai 1801),
- 4) etwaige Beschwerden über das Verhalten des Lehrers im Religions-Unterricht bei dem Local-Schul-Inspector und den vorgesetzten Schulbehörden anzubringen.

Außerdem ist der Geistliche verpflichtet, insoweit er selbst als Lehrer in dem Religions-Unterricht auftritt den allgemeinen staatlichen Anordnungen im Unterrichts- und den Bestimmungen für die spezielle Schule Folge zu leisten.

Er ist endlich nicht berechtigt, gegen den Lehrer wegen Verletzung seiner Amtspflicht oder wegen seines Verhaltens in oder außer dem Amte als Lehrer Verwarnungen, Verweise oder Ordnungsstrafen auszusprechen, weil nur der staatlich berufene Local-Schul-Inspector der Dienstvorsorge des Lehrers im Lehramte ist, welchem das Gesetz eine Disciplinarbefugnis beilegt.

d. Breslau, 10. October. [In der letzten Monatsversammlung des Vereins der arbeitenden Breslauer Tischler] wurde zunächst beschlossen, von einer Besichtigung des in Berlin tagenden allgemeinen Congresses deutscher selbstständiger Tischler Abstand zu nehmen, dagegen als eine dringende Nothwendigkeit anerkannt, den zweiten allgemeinen deutschen Handwerker resp. Arbeiterbundesfest, welcher am 23. u. 25. October d. J. in Leipzig abgehalten werden wird, durch einen Deputierten zu beschicken. Was auf dem im vorigen Jahre zu Dresden tagenden allgemeinen deutschen Handwerklertage angeregt wurde, nämlich die Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeiterbundes, das soll auf dem diesjährigen Leipziger Handwerklertage feste Gestalt gewinnen. Nach dem bisherigen provisorischen Vorstand ausgearbeiteten Statut hat der allgemeine deutsche Arbeiterbund den Zweck, sowohl im allgemeinen die politischen, sozialen und gewerblichen Interessen der selbstständigen Arbeitgeber zu wahren, als auch insbesondere auf die Herbeiführung und Erhaltung geselliger geregelter Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie zwischen Lehrherren und Lehrlingen bedacht zu sein. Behufs Erreichung dieses Zweckes ist der Arbeiterbund durch Ortsvereine und eine seitens dieser alljährlich zu beschickende Generalversammlung organisiert, welche die für die Bundeszwecke erforderlichen Beschlüsse faßt und einen mit der Bekanntmachung und Ausführung derselben betrauten Vorstand erwählt. Jede Gewerkschaft, Corporation, Kunst, Zunft, Innung, Gewerkschammer, überhaupt jede bereits bestehende oder neu sich bildende Vereinigung von selbstständigen Arbeitgebern erwirbt durch eine an den Vorstand des Arbeiterbundes durch ihre resp. Vorstehenden zu richtende Beitritts-erklärung die Mitgliedschaft und wird als Ortsverein in den Arbeiterbund aufgenommen. Die Ortsvereine, welche im Uebrigen vollkommen selbstständig sich constituiren und ihre Interessen vertreten, haben den Beschlüssen und Anweisungen der Generalversammlung resp. des Vorstandes des Arbeiterbundes jederzeit sich zu unterwerfen.

Breslau, 10. Octbr. [Sitzung der Criminaldeputation.] Eine der seltensten Straftaten, welche erst durch das neue Strafgesetzbuch eingeführt worden sind, ist der Verweis. Nach § 57 Abs. 1 kann auf denselben in besonders leichten Fällen von Vergehen oder Uebertretungen erteilt werden, sofern der Angeklagte, welcher zu einer Zeit, als er das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte, bei Begehung der strafbaren Handlung die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besaß. Ein solcher Fall lag heute bei der 17 Jahr

alten Anna P. vor, welche mit ihrer Mutter der gewerbsmäßigen Hehlerei angeklagt erscheint, während zugleich die Portier Wilhelm und Johanna Scholz'schen Eheleute nicht erkannten waren, welche sich wegen fortgesetzten Diebstahls zu verantworten haben. Wilhelm Scholz wohnte mit seiner Gattin in der Leutner'schen Eigengieberei, zu der ein Hof gehörte, in welchem eine große Menge Bruch-, sowie verarbeitete Eisen lagerte. Scholz verließ schon lange die Stelle eines Portiers und Wächters in der Fabrik und genoß bei seiner Dienstherrschaft das beste Vertrauen, bis dasselbe allmählich anfang in das Gegentheil umzuschlagen, weil bei ihm und seiner Frau ein Aufwand bemerkt wurde, zu dessen Bestreitung der nicht übermäßig hohe Gehalt offenbar nicht ausreichen konnte. Zugleich wurde beobachtet, daß die Frau Scholz ungewöhnlich oft mit einem großen Handtuche aus dem Fabrikhofe ging, so daß nicht mehr angenommen werden konnte, sie ginge Einkäufe machen. Zugleich hatte Frau Leutner mehrfach Gelegenheit, von ihrem Fenster aus Abends und in der Nacht den Scholz'schen Gebäud aus der Fabrik schleichen zu sehen woraus geschlossen werden mußte, daß er heimlich schwere Gegenstände, etwa Käder, wie sie auf dem Fabrikhofe lagen, davontrage. Alles dies wurde dem Werthführer Müstig mitgeteilt, der sich nun an die Ueberführung der Diebe machte. Zu diesem Behufe wartete er einen neuen Ausgang der Frau Scholz ab, bei welchem diese wieder mit dem großen Tragetorbe erschien und schickte ihr seinen kleinen Knaben mit dem Auftrage nach, aufzupassen und zu sehen, was Frau Scholz denn machen werde. Die Vermuthung war richtig, denn Frau Scholz begab sich in den der Mitangeklagten Frau P. gehörigen sogenannten „Lumpen-schuppen“. Sofort wurde in demselben eine Untersuchung angehalten, welche denn als zweifelloser Resultat einen Fund der verschiedensten eiserne Gegenstände ergab, welche mit Sicherheit als aus der Leutner'schen Fabrik herrührend, erkannt wurden. Frau P. erklärte auch unumwunden, daß ihr die Scholz'schen Eheleute, die Gegenstände seien im Leutner'schen Fabrikhofe „aufgelangt“ und sie gebeten hat, Niemandem etwas mitzutheilen, die Noth treibe sie zu diesen Verthälen. Das Eisen wurde den Scholz'schen Eheleuten mit 3 Pfennigen pro Pfund, also zu dem bei den Producenten üblichen Preise, verkauft. Die Tochter der Frau P. hatte sich heimlich öfter an dem Handel theilgenommen.

Herr Staatsanwalt Prof. Dr. Fuchs beantragte gegen die Scholz'schen Eheleute in contumaciam zu verhandeln, und zog gegen Frau P. und deren Tochter die Anklage wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zurück, hielt aber bei letzteren beiden die Verurtheilung wegen wiederholter einfacher Hehlerei für geboten. Gegen die Scholz'schen Eheleute beantragte er je 2 Monate und für Frau P. 4 Wochen Gefängnis. Bezüglich der Anna P. führte er aus, daß hier wohl einer der im Gesetz vorliegenden leichteren Fälle vorliege und wenn auch bei dieser Angeklagten kein Zweifel an der Erkenntnis der Strafbarkeit ihrer Handlungsweise aufkommen könne, so mußte doch in Betracht gezogen werden, daß die Angeklagte noch sehr jung sei und es in der Natur der Sache liege, wenn sie die schlechte Handlungsweise der Mutter nachahme. Deshalb finde er für die Tochter die Entlassung auf einen Verweis ausreichend.

Der Verteidiger des Mädchens und deren Mutter, Herr Rechtsanwalt Lubowski vertheidete den etwas schwierigen Nachweis, daß die Angeklagten unter dem „Aufhangen“ noch nicht stehen verstanden und daher nicht geacht hätten, daß die gestohlenen Gegenstände mittelst einer strafbaren Handlung erlangt seien. Jedenfalls meinte er, daß das beantragte Strafmaß für die Mutter P. zu hoch bemessen, jedenfalls auch die Untersuchungsbehörde anzuerkennen und auch der Verweis für die Tochter P. nicht auszusprechen sei. Der Gerichtshof ging jedoch nur insofern darauf ein, als er statt der beantragten 4 Wochen nur eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen für die Frau P. aussprach, welcher die Untersuchungsstrafe angerechnet wurde. Gegen die Scholz'schen Eheleute und die Anna P. wurde nach den Anträgen der Staats-Anwaltschaft erkannt. Die Diebe sowohl wie die Frau P. waren schon längere Zeit in Untersuchungshaft gehalten worden, weil der Fabrikbesitzer Leutner bei der Anzeige von den bei ihm vorgekommenen Diebstählen so große Quantitäten als ihm fehlend angegeben hatte, daß die Nothwendigkeit der Untersuchungshaft angenommen wurde. Jenseits ergab die Untersuchung, daß das irrtümlich sei, weshalb die genannten Angeklagten wieder auf freien Fuß gesetzt werden konnten und auch Frau P. somit ihre Strafe bereits abgibt.

Ueber die Form der Ertheilung des Verweises bestehen keine Vorschriften. Heute geschah dieselbe nur in der Art, daß der Vorsitzende bei der Publication des Erkenntnisses den Verweis aussprach und denselben motivirte. Bei einer früheren Verhandlung hörten wir, daß der Verweis außer im Erkenntnis noch in der Weise erteilt wurde, daß mit demselben eine Verwarnung verbunden wurde. Anna P. wird sich die Sache wohl zu Herzen nehmen und nimmermehr besser zwischen „Mein“ und „Dein“ unterscheiden. Wir haben deshalb auch von der Nennung ihres Namens Abstand genommen.

Breslau, 9. October. [Freireligiöse Gemeinde.] Das am nächsten Sonntag nachträglich zu feiernde Informationsfest der freireligiösen Gemeinden wird unsere Gemeinde diesmal nur in geistlicher Weise am nächsten Sonntag, Abends 8 Uhr im unteren Saale des Café reitaurant mit Prolog, Feste, die Herr Redacteur Krebs gütigst übernommen hat, gemeinschaftlicher Abendstafel mit Festliedern und Ansprachen feiern. Der Ausfall der Erbauungsfier am Vormittag ist dadurch herbeigeführt, daß der Sprecher der Gemeinde, Herr Sofferichter sich sehr wohl Willen fortdauernd noch durch Gesundheits-Rücksichten am Halten eines Vortrags gehindert sieht.

Breslau, 10. October. [Handwerker-Verein.] Herr Dr. med. Dyhrenfurth, der den gestrigen Vortrag übernommen hatte, sprach über chirurgische Annetionen. — Herr Kaufmann Freihan sprach im Namen des Vereins dem Vortragenden den besten Dank aus und erwiderte die wenigen im Fragekasten vorfindlichen Fragen.

H. Gaiuau, 8. October. [Communales.] In der vorgestern abgehaltenen Stadtvorstandssitzung gelangte unter Anderm zur Vorlage die Beschwerde eines Mitgliedes wegen angeblicher Verletzung einzelner Bürger, resp. Brauerberechtigter in der Zueilung von Hausholz, die dem Magistrat zu weiterer Veranlassung überwiesen wurde. Die Wastassen-Regelung pro 1872 erhielt Decharge und soll gegen den Baron von Senden-Vibran in Reicht, als Mitgestandener der Hainau-Schirbsdorfer Clauße wegen rückständiger Rechnungsbilanz, nimmermehr klagend vorgegangen werden. — Das Gesetz des Verlegers des hiesigen „Stadtblattes“, das bisherige Pauschalquantum für Insertionen der Communal-Verwaltung, nach Eingehen des „Erzählers“, und die für dieses Blatt etatirte Summe von 25 Thaler pro anno zu erhöhen, wurde genehmigt. — Die drei Polizeibeamten erhielten zufolge ihres Gesuchs, vom 1. October c. ab, monatlich jeder 3 Thaler Feuerungszulage zugewiesen und wurde Magistrat ersucht, den betreffenden Endtermin, d. i. Aufheben der Feuerung, zu constatiren. — Die Aufnahme eines Darlehens von 10,000 Thaler erhält die Genehmigung der Versammlung; ebenso die Verwendung der Sparkassen-Verwaltungskosten von 1000 Thaler, nach Maßgabe der Proposition des Curators dieses Instituts. — Behufs Abtreibung von Forstländereien beim Bau der Gassen-Verkehrs-Eisenbahn-Abzweiglinie wurden der Forstdeputation nach drei Mitglieder aus der Versammlung zugewiesen, um mit der zuständigen Direction zu unterhandeln und die Vorlagen demnach zur Beschlußfassung unterzubereiten. Betreffs der Niederreißung, Verlegung und des Wiederaufbaues unseres Garnisonparks, der übrigen dazu gehörigen Gebäude und des Logirparks, sowie der beabsichtigten Translokation, der Verfertigung unserer Garnison herrscht seit Monaten tiefes Schweigen. Ein Gleiches gilt von denjenigen Schritten, welche man behufs Theilung des Kreises und Zueilung einiger Ortschaften aus benachbarten Kreisen, zu unternehmen beabsichtigte, da die Ueberzeugung von ihrer Unausführbarkeit wohl eine allgemeinere geworden sein mag.

Myslowitz, 9. October. [Schule.] Heute Vormittag fand — in Ermangelung eines dazu geeigneten Schullocales im Grunwald'schen Saale — die feierliche Eröffnung der „höheren Privat-Lehranstalt“ im Beisein eines Theils der Bürgerschaft statt. Herr Bürgermeister Koge, als Vorsitzender des Curatoriums, entwickelte in einer Ansprache die Entstehungsgeschichte der Schule, die auf mühseligen Umwegen aus der Arbeit jahrelanger Bestrebungen hervorgegangen sei. Den ersten Anstoß zur Bildung einer höheren Schule habe im Jahre 1868 der Rathsherr Herr Dr. Lustig gegeben, dem im Verein mit anderen Mitgliedern der städtischen Behörden, namentlich dem Stadtverordneten Herrn Maurermeister Berger und Rathsherrn Herrn Dr. Friedrich das Hauptverdienst bei der Betreibung der für die Stadt hochwichtigen Angelegenheit gebühre. Die städtischen Behörden hätten bald nach jener Anregung sich mit dem Gesuch um Concession an die königliche Regierung gewandt, diese habe das Project begünstigt und die städtischen Behörden behufs Einleitung der vorbereitenden Schritte an das Prov.-Schul-Collegium gewiesen. Auch dieses sei den Intentionen der Stadt sehr bereitwillig entgegengekommen und im Jahre 1871 seien die Anstalten so weit gegeben, daß die Eröffnung eines mit evangelischem Charakter ausstattenden Progymnasiums zu Michaeli genannten Jahres in Aussicht genommen wurde. Da brachte eine von hiesigen Katholiken erhobene Beschwerde über die Mängel des hiesigen Elementar-Schulwesens —

das sich übrigens bis dahin stets der vollen Zufriedenheit der königlichen Regierung zu erfreuen gehabt hatte — den Fluß der Angelegenheit ins Stocken. Der bisherige Präsident der Regierung in Oppeln Dr. v. Wiebahn, der für das Zustandekommen der Anstalt von Anfang an das regste Interesse gezeigt hatte, starb gerade zu jener Zeit und merkwürdigerweise wurde von da an der Stadt mit Hinweisung auf die Motive der erwähnten katholischen Beschwerde die Concession zur Gründung der Anstalt vorenthalten. So ruhte die Sache, bis der gegenwärtige Bürgermeister in Verbindung mit mehreren Bürgern das Project mit der Modification wieder aufnahm eine Privatschule zu bilden. — Nach diesen Ausführungen erhob sich Herr Dr. Gaiuau, der Leiter der Anstalt, um in längerer Rede die Voraussetzungen zu beleuchten, von denen das Gelingen der Anstalt abhängt, und bereite Worte der Aufmunterung an die Schüler zu richten. — Der Unterricht beginnt morgen mit nahezu 50 Schülern in 2 Klassen, von denen die obere (Quinta) Herr Dr. Gaiuau, die untere (Sexta) ein zweiter Lehrer leiten wird. Die Schullocales befinden sich in einem Privathause.

[Notizen aus der Provinz.] * Jauer. Am 8. d. Mts. feierte der Rührermeister Herr Wenzel mit seiner Gattin die goldene Hochzeit. Das Jubelbrautpaar wurde in der evangelischen Friedenskirche eingeseget und ihm dabei das von der Königin Elisabeth gestiftete Ehrengeschenk überreicht.

+ Olaz. Die „N. Geb.-Z.“ schreibt: Neue Erkrankungen an der Cholera sind seit dem 6. d. Mts. nicht mehr vorgekommen, dagegen ist noch einer der in Behandlung befindlichen Soldaten gestorben. — Am Montage laßte der Schaffer des Ögghofes auf dem Felde am Bubberge, während gleichzeitig das Militär dort seine Schießübungen hielt. Plötzlich traf den Schaffer eine fehlgegangene Kugel ins Genid. Trotzdem die Kugel dort sitzen blieb und ein sehr bedeutender Blutverlust eintrat, ist der Betroffene dennoch außer Lebensgefahr. Wie wir hören, trägt der Schaffer die Schuld an dem Unglück lediglich allein. Es sind nämlich die Tage, an welchen die Schießübungen stattfinden, genau bestimmt und es ist mit dem Pächter der anstehenden Acker vereinbart, weil eben die Möglichkeit eines Unglücks vorhanden ist, daß Niemand das Terrain während der Zeit betreten darf. Der Schaffer hat dies auf eigene Gefahr hin doch gethan.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

October 10. 11.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	332° 74	332° 70	332° 55
Luftwärme	+ 10.3	+ 9.4	+ 8.3
Thaumdruck	3° 56	3° 97	3° 48
Dunstfättigung	73 pEt.	88 pEt.	84 pEt.
Wind	S. 1	S. 1	S. 1
Wetter	bedekt.	wolfig.	heiter.

Breslau, 11. Oct. [Wasserstand.] D.-B. 4 M. 20 Cm. U.-B. — M. — Cm.

Berlin, 10. October. Die gänzliche Stagnation des Geschäftslbens an der Börse dauerte auch heute an und läßt sich schon bei einer Vergleichung der heutigen Coursnotirungen mit den gestrigen folgern, denn meist sind die Course unverändert geblieben, wenigstens beschränken sich die Veränderungen mit ganz vereinzelten Ausnahmen auf geringfügige Schwankungen. Der Börse waren neue Aufregungen zwar erspart, doch kann die geringe Besserung, die sich wohl gegen gestern constatiren ließ, auch nicht als Symptom einer fortschreitenden Reconvalescenz angesehen werden. Die Quisporische Angelegenheit trug einigermaßen zur fetteren Tendenz bei; da die Börse sich gewöhnt hat, meistentheils mit dem zu rechnen, was kommen könnte, so war die nun thatsächlich erfolgte Zahlungseinstellung eben nur noch für die ganz direct davon betroffenen Actien bestimmend. In weiteren Kreisen befriedigte es sogar, daß die Vereinsbank heute Vormittag noch die kleineren ihrer Schuldposten ausglich. Der heut veröffentliche Ausweis der Preussischen Bank war der Börse einestheils noch zu wenig bekannt, als daß er einen Einfluß auf die Geschäftssituation hätte gewinnen können, die durch denselben dargelegten Veränderungen im Status der Bank können vom geschäftlichen Standpunkt nur günstig genannt werden, da die Geldnachfrage nicht nur nicht angehalten hat, sondern auch noch Rückzahlungen statthaben konnten. Die Anlagen der Bank verminderten sich um 2½ Millionen. Vom Standpunkte der Bank selbst muß der Ausweis weniger günstig genannt werden, denn da von dem Guthaben der Staatskassen 11½ Millionen abgehoben wurden, aber dem gegenüber nur verhältnismäßig wenig Geld einlief, so mußten zum Theil die umlaufenden Noten (Zunahme 5½ Millionen Thaler) vermehrt werden, unter gleichzeitiger Reduktion des Baarvermögens. (Abnahme fast volle 4 Mill.) Der Geldverkehr im offenen Markte zeigte wenig Leben, da der Begehr sehr gering ist. Der Preussische Discount ging auf 3½ pEt. zurück. Die internationalen Speculationswerthe blieben sehr still, besonders zeichneten sich Lombarden nach dieser Richtung hin aus, die Course behaupteten sich fast unverändert in ihrem gestrigen Niveau. Oesterreichische Nebenbahnen wurden nur in sehr geringem Maß gehandelt und trugen eine matte Prognose; Galizier und Oesterreichische Nordwestbahn machten insofern hiervon jedoch eine Ausnahme, als sie eine kleine Besserung zeigten. In Auswärtigen Fonds war das Geschäft nur klein, die Tendenz neigte sich jedoch mehr zur Festigkeit, wennschon die Course unverändert blieben, Tüssen zogen etwas an auch Amerikaner fest und ziemlich beliebt. Von russischen Werthen Russen-Anleihen ziemlich beliebt. Preussische Fonds war fest, aber still, Renten- und Pfandbriefe in einigem Verkehr. Deutsche Fonds sehr still, Prioritäten mäßig beliebt, 4½ proc. Preussische, ferner Lombardische und Kaschau-Oderberger gut gefragt. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkt herrschte wenigstens für die schweren Rheinisch-Westfälischen Devisen lebhaftere Kauflust, die sich wohl aber lediglich auf ein stärkeres Deckungsbedürfnis zurückführen läßt. Rheinische und Köln-Mindener vorzugsweise beliebt, waren auch auf Prämie recht begehrt; leichte Bahnen fest, aber still, Freiburger gefragt, Rumänen beauptet, Nahebahnen, Dispreussische Südbahn und Lüttich zwar lebhaft, aber niedriger. Bankactien ließen bei ganz geringfügigem Umsatze fast durchgängig nach. Industriepapiere vollständig geschäftlos. (Bank u. H.-Z.)

Berlin, 10. October. [Productenbericht.] Hafer loco fand in seiner Waare gute Beachtung. Termine waren matter. — Roggenmehl mat. — Rüböl verharnte in flauer Stimmung, besonders gingen nahe Termine im Werthe zurück. — Petroleum etwas niedriger. — Spiritus behauptete sich gut im Werthe.

Weizen loco 74—94 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gef., gelber — Thlr. bez., bunter poln. — Thlr. ab Bahn bez., pro September-October 89½—88½ Thlr. bez., October-November 85½—85½ Thlr. bez., December 85½—85½ Thlr. bez., December-Januar — Thlr. bez., pr. April-Mai 1874 85½—85½ Thlr. bez., neue Ukraine per April-Mai 84 Thlr. bez., Getreidigt 3000 Ctr. Rübungspreis 89½ Thlr. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 59—72 Thlr. nach Qualität gefordert, russischer 59—59½ Thlr. ab Bahn und Bahn bez., neuer — Thlr., pr. October und October-November 59½—59½ Thlr. bez., December 60—59½ Thlr. bez., pro Frühjahr 61½—61 Thlr. bez., Getreidigt 37,000 Ctr. Rübungspreis 59½ Thlr. — Gerste loco 59—73 Thlr. nach Qual. gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 50—58 Thlr. nach Qual. gef., schlechter und böhmischer 55—56½ Thlr., ostpreussischer 52—56 Thlr., pommerscher 56—57 Thlr. ab Bahn bez., per September-October 56½ Thlr. bez., October-November 54 Thlr. bez., November-December 52½ Thlr. bez., pr. Frühjahr 52½ Thlr. bez., Getreidigt 600 Ctr. Rübungspreis 56½ Thlr. — Erbsen: Rohwaare 65—70 Thlr., Futterwaare 60—64 Thlr. — Weizenmehl Nr. 0 12½—12 Thlr., Nr. 0 u. 1 11½—11½ Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 10½—9½ Thlr., Nr. 0 u. 1 9½—9½ Thlr., pr. 100 Kilo. unterfeuert incl. Sack. Roggenmehl Nr. 0 u. 1: pr. September-October 9 Thlr. 15 Sgr. bez., October-November 9 Thlr. 6 Sgr. bez., November-December 9 Thlr. 1 Sgr. bez., December-Januar 9 Thlr. — Sgr. bez., Januar-Februar 9 Thlr. — Sgr. bez., Februar-März 9 Thlr. — Sgr. bez., April-Mai 9 Thlr. bis 8 Thlr. 20 Sgr. bez., Getreidigt — Ctr. Rübungspreis — Thlr. — Sgr. — Delfaaten: Raps — Thlr., Rüben — Thlr. — Rüböl pr. 100 Kilogr. netto loco 19 Thlr. bez., per September-October 18½—18½ Thlr. bez., October-November 18½—18½ Thlr. bez., November-December 19½—19 Thlr. bez., December-Januar — Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., April-Mai 21½—21 Thlr. bez., Getreidigt 11,000 Ctr. Rübungspreis 18½ Thlr. — Einol loco 25½ Thlr. — Petroleum pr. 100 Kilo incl. Faß loco 10½ Thlr. bez., per September-October 10 Thlr. bez., October-November 10 Thlr. bez., November-December 10½ Thlr. bez., December-Januar — Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., April-Mai — Thlr. bez., Getreidigt — Barrels. Rübungspreis — Thlr. — Spiritus pr. 10,000 pEt., loco „ohne Faß“ 25 Thlr. 15 Sgr. bis 25 Thlr. bez., per September-October 23 Thlr. 15—18—14 Sgr. bez., October-November 21 Thlr. 10—5 Sgr. bez., November-December 20 Thlr. 13—12 Sgr. bez., December-Januar — Thlr. — Sgr. bez., Januar-Februar — Thlr. — Sgr. bez., April-Mai 1874 20 Thlr. 23—20 Sgr. bez., Mai-Juni — Thlr. — Sgr. bez., Getreidigt — Liter. Rübungspreis — Thlr. — Sgr.

Berlin, 9. October. Versicherungs-Gesellschaften.

Name der Gesellschaft	Abh. pr. 1871	Abh. pr. 1872	Kurs	Stamm	Der Kurs	Vertheilt	Cours
Nachener-Münchener Feuer-Vers.-G.	51	46	4	1/5	pr. St.	2297 B.	
Nachener Rückvers.-Ges.	41 1/2	35	fr. 3.		do.	574 B.	
Allg. Eisenb.-Vers.-Ges. zu Berlin	21	23	4	1/1	pSt.	128 B.	
Bayer. Transport-Vers.-Ges.	36	25	fr. 3.		pr. St.	270 G.	
Berl. Land- u. Wassertransp.-V.-G.	25	19 1/2	4	1/1	pSt.	340 B.	
Berl. Feuer-Vers.-Anstalt	34 1/2	0	4	do.	pr. St.	140 G.	
Berl. Hagel-Vers.-Ges.	22	22 1/2	5	do.	pSt.	700 B.	
Colonie, Feuer-Vers.-G. zu Köln	55	55	4	do.	do.	1885 B.	
Concordia, Lebens-V.-G. zu Köln	13 1/2	15	4	do.	do.	555 G.	
Deutsche Feuer-V.-G. zu Berlin	0	0	4	do.	pr. St.	125 G.	
Deutsche Transport-Vers.-Ges.	—	10	5	1/7	pSt.	101 G.	
Dresdener allg. Transport-V.-G.	40	40	4	1/1	do.	320 B.	
Düsseldorfer allg. Transport-V.-G.	37 1/2	—	4	1/1	do.	380 G.	
Elberfelder Feuer-Vers.-Ges.	35	32 1/2	5	do.	pr. St.	800 B.	
Fortuna, allg. V.-Act.-G. zu Berlin	12	—	fr. 3.		do.	300 G.	
Germania, Lebens-V.-G. zu Stettin	5	12 1/2	fr. 3.		do.	120 B.	
Glabacher Feuer-Vers.-Ges.	12 1/2	12 1/2	4	1/1	pSt.	113 G.	
Kölnische Hagel-Vers.-Ges.	0	6	4	do.	do.	100 B.	
Kölnische Rückvers.-Ges.	12	13	4	do.	do.	115 B.	
Leipziger Feuer-Vers.-Ges.	86 1/2	90 1/2	4	1/6	pr. St.	1870 G. (ercl.)	
Magdeburger allg. Vers.-Ges.	—	0	5	1/1	do.	96 1/2 B.	
Magdeburger Feuer-Vers.-Ges.	45	14 1/2	4	do.	do.	840 B.	
Magdeburger Hagel-Vers.-Ges.	6 1/2	0	5	do.	do.	50 B.	
Magdeburger Lebens-Vers.-Ges.	2 1/2	6	5	do.	do.	94 B.	
Magdeburger Rückvers.-Ges.	14	5	5	do.	pSt.	175 B.	
Medlenb. Leb.-Vers.-u. Sparbank	7	7	5	1/1	do.	—	
Niederrh. Güter-Vers.-G. zu Wesel	56	45	5	1/1	pr. St.	232 bz. G.	
Nordstern, Lebens-V.-G. zu Berlin	5 1/2	5	4	do.	pSt.	99 1/2 B.	
Preuss. Hagel-Vers.-Ges.	0	0	4	1/1	do.	85 B.	
Preuss. Hyp.-V.-Act.-G. zu Berlin	12	16 1/2	4	do.	do.	—	
Preuss. Lebens-Vers.-Ges.	7	7	4	do.	do.	98 1/2 G.	
Preuss. National-V.-G. zu Stettin	25	18	4	do.	do.	125 bz. G.	
Providence, V.-G. zu Frankfurt a. M.	4	8	4	do.	do.	108 B.	
Rheinisch-Westfälischer Lloyd	12	12	4	do.	do.	—	
Rheinisch-Westfäl. Rückvers.-Ges.	6	6	4	do.	do.	101 B.	
Sächsische Rückvers.-Ges.	40	20	4	do.	do.	105 G.	
Schlesische Feuer-Vers.-Ges.	20	17 1/2	4	do.	do.	122 B.	
Thuringia, Vers.-G. zu Erfurt	0	0	4	do.	do.	92 G.	
Union, allg. deutsche Hagel-Vers.-Ges. in Weimar	10	5	5	1/4	do.	94 B.	

* Breslau, 11. Oct., 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen ruhiger, bei mäßigen Zufuhren und unbedeutenden Preisen.

Weizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7 1/2 bis 8 1/2 Thlr., (reiner) 7 1/2 bis 8 1/2 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. Roggen feine Qualitäten blieben gut veräußert, pr. 100 Kilogr. 6 1/2 bis 7 1/2 Thlr., feinste Sorte 7 1/2 Thlr. bezahlt. Gerste mäßig, pr. 100 Kilogr. 6 bis 6 1/2 Thlr., weisse 6 1/2 bis 6 3/4 Thlr.

Faher höher, pr. 100 Kilogr. 4 1/2 bis 5 1/2 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen gesucht, pr. 100 Kilogr. 6—6 1/2 Thlr.

Biden mehr begehrt, pr. 100 Kilogr. 4—4 1/2 Thlr.

Lupinen hoch gehalten, pr. 100 Kilogr. gelbe 4 1/2 bis 4 3/4 Thlr., blaue 3 1/2 bis 4 Thlr.

Höhen gute Kaufkraft, pr. 100 Kilogr. 7 1/2 Thlr.

Mais ohne Zufuhr, pr. 100 Kilogr. 6 1/2 bis 6 3/4 Thlr.

Wassersaat wenig verändert.

Schlagstein stark offeriert.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr. Pf.

Schlagstein... 7 12 6 8 10 — 9 — —

Winter-Mais... 7 5 — 7 15 — 7 27 6

Winter-Rüben... 7 2 6 7 12 6 7 15 —

Sommer-Rüben... 7 7 6 7 17 6 7 27 6

Leinöcker... 6 25 — 7 2 6 7 15 —

Apfelkuchen begehrt, schlesische 72—76 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinöl ruhiger, — rote neue 14—17 Thlr. pr. 50 Kilogr., weisse 12—14 Thlr. pr. 50 Kilogr., beste über Notiz bezahlt.

Admiration gute Kaufkraft, 11 1/2—12 1/2 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3 1/2—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Genf, 10. October. Nach dem „Journal de Genève“ hat der hiesige Staatsrath bei dem Bundesrath in Bern über die von Mermillod im hiesigen Kantone ins Werk gesetzten Agitationen Beschwerde geführt und darauf angetragen, daß der Gesandte der Schweiz bei der französischen Regierung, Kern, bei dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Schritte thue, um den unternommenen Mermillod's ein Ziel zu setzen. — Der Graf von Chambord soll, wie das nämliche Blatt gerücheltweise erzählt, in dem in der Nähe gelegenen Orte Sacconex Aufenthalt genommen haben.

Bern, 10. October. Ein Aufruf des Centralcomitès des Schweizerischen Volksvereins fordert die Sectionen desselben auf, den von der Commission des Nationalraths vorgelegten Entwurf zur Revision der Bundesverfassung einer näheren Prüfung zu unterziehen und sich darüber zu entscheiden, ob derselben beizustimmen oder eine umfassendere Reform des Bundes anzustreben sein werde und die Resultate der Prüfung bis zum Zusammentritt der Bundesversammlung dem Centralcomité einzufenden, welches auf Grundlage derselben weitere Beschlüsse fassen werde.

Mailand, 9. October. Der Prinz und die Prinzessin Carl von Preußen sind in Begleitung des Kronprinzen und der Kronprinzessin von Italien heute Morgen hier eingetroffen. Nachdem im Laufe des Vormittags die hervorragendsten Ehrendarstellungen der Stadt in Augenschein genommen waren, fand darauf ein Galadiner im königlichen Palaste statt, zu welchem die Spitzen der Behörden eingeladen waren. Abends besuchten die hohen Gäste die Galerie Vittorio Emanuele, wo sie von einer zahlreich versammelten Menge mit den lebhaftesten Kundgebungen empfangen wurden. Gegen 9 Uhr begaben sich die Herrschaften in das Theater, wo sie während des größeren Theils der Vorstellung verweilten. Bei ihrem Eintritt wurde die preussische Volkshymne gespielt und fanden bei ihrem Erscheinen ebenso wie bei der Abfahrt vom Theater erneute Ovationen seitens des Publikums statt.

Paris, 10. October, Abends. Oberst Stoffel erklärt in einem veröffentlichten Briefe, er warte nur auf sein Erscheinen vor dem Kriegsgericht, um sich gegen die Beschuldigung, Depeschen unterschlagen zu haben, zu rechtfertigen. „Francis“ bespricht die Fusion und meint: Die seitherigen Forderungen seien erklärlich, können aber künftig bei der Thätigkeit und Agitation der Linken gefährlich werden, deshalb seien Schritte gethan, um die Form der jüngsten Entschlüsse Chambois kennen zu lernen, und das künftige Verhalten danach einzurichten. „Temps“ zufolge conferirten Vormittags Perrier und Say mit Thiers. Zwischen den republikanischen Gruppen herrscht das vollste Einvernehmen.

Gestern confiscirte die Polizei 22,000 Photographien des jungen Prinzen Napoleon. Flanigny, der Präsident des Vereins zur Pflege der Verwundeten, ist gestorben.

Trianon, 10. October, Abends. Proceß Bazaine. Die Verlesung der Verhörs-Anlage, die sich auf die Verhöre, mit Neß zu communiciren, bezieht, wurde vollendet; ferner erfolgte die Verlesung der zweiten Beilage, welche die vorhanden gewesene Munition nachweist. Bei Verlesung der dritten Beilage über die Verprobantung von Neß gelangte man bis zu dem Zeitpunkt, wo Neß eingeschlossen wurde. Gerücheltweise verlautet, heute arbeitete der Vertheidiger Lacaud die Vertheidigungs-Schrift des Marbills aus; er wolle nach der Verlesung des Anlageactes die Verlesung der Vertheidigungs-Schrift beantragen.

Berliner Börse vom 10. October 1873.

Wechsel-Course.	Eisenbahn-Stamm-Actien.
Amsterdam 250 Fl. 10 T. 1/2 140 1/2 bz.	Divid. pro 1871 1872 Zf.
do. 2 M. 1/2 139 1/2 bz.	Aachen-Mastricht 9 1/2 1 4 32 1/2 bz.
Augsburg 100 Fl. 2 M. 5 56 1/8 G.	Berg-Märkische 7 1/2 6 4 105 1/2 bz.
Frankfurt 100 Fl. 2 M. 4 99 1/2 G.	Berlin-Anhalt 18 1/2 17 4 160 bz. G.
Leipzig 300 Thlr. 8 T. 5 99 1/2 G.	do. Dresden 5 5 5 70 bz. G.
London 100 £. 3 M. 5 62 1/2 bz.	Berlin-Görlitz 0 3 1/2 4 100 bz. G.
Paris 300 Fr. 10 T. 5 79 1/2 bz.	Berlin-Hamburg 10 12 4 214 1/2 bz.
Petersburg 100 R. 3 M. 7 89 bz.	Berlin-Nordbahn 14 5 4 113 bz.
Warschau 100 R. 8 T. 7 81 1/2 G.	Berl.-Potsd.-Magd. 14 8 4 152 1/2 bz. B.
Wien 100 Fl. 8 T. 5 88 1/2 bz.	Berlin-Stettin 11 1/2 12 4 162 1/2 bz. B.
do. 2 M. 5 87 1/2 bz.	Böhm. Westbahn 8 1/2 5 5 94 G.
	Breslau-Freib. 9 1/2 7 1/2 4 108 1/2 bz. G.
	do. neue 5 5 5 101 bz. B.
	Cöln-Minden 11 1/2 10 1/2 4 143 1/2 bz.
	do. neue 5 5 5 108 1/2 B.

Fonds und Geld-Course.	Eisenbahn-Prioritäts-Actien.
Freiw. Staats-Anleihe 4 1/2 101 1/2 G.	Berlin-Görlitz 5 5 5 104 1/2 bz.
Staats-Anl. 4 1/2 101 1/2 G.	Berlin-Nordbahn 5 5 5 103 1/2 bz.
do. consolid. 4 1/2 104 1/2 bz.	Breslau-Warschau 5 5 5 98 bz.
do. 4 1/2 104 1/2 bz.	Halle-Sora-Gub. 5 5 5 68 1/2 bz. G.
Staats-Schuldenscheine 3 1/2 91 1/2 G.	Hannover-Altenb. 5 5 5 77 1/2 bz.
Präm.-Anleihe v. 1855 3 1/2 120 bz.	Köln-Falkenb. 2 1/2 5 5 81 1/2 bz.
Berliner Stadt-Oblig. 4 1/2 101 1/2 bz.	Märkisch-Posen. 1 1/2 0 0 71 1/2 bz.
Berliner Stadt-Oblig. 4 1/2 81 B.	Magdeh.-Halberst. 3 1/2 3 1/2 78 1/2 bz. G.
Pommersche 3 1/2 89 1/2 B.	do. Lit. C. 5 5 5 10 1/2 bz.
Schlesische 3 1/2 94 1/2 B.	Ostpr. Südbahn 0 0 0 6 1/2 bz.
Kur-u. Neumark. 4 95 1/2 bz.	Pomm. Centralb. 5 5 5 16 bz.
Pommersche 4 94 1/2 bz.	Rechte O.-U.-Bahn 5 5 5 130 1/2 bz.
Possensche 4 94 bz.	Rhein-Nahe-Bahn 0 0 0 37 1/2 bz.
Preussische 4 94 1/2 G.	Rumän. Eisenbahn 5 1/2 3 1/2 35 1/2 bz. G.
Westfäl. u. Rhein. 4 100 G.	Schweiz. Westbahn 2 1/2 1 1/2 4 100 bz.
Schlesische 4 94 bz.	Stargard-Posen. 4 1/2 4 1/2 131 1/2 B.
Badische Präm.-Anl. 4 109 1/2 etbz.	Thüringer 10 10 10 131 1/2 B.
Badische 4 112 1/2 bz.	Warschau-Wien 12 10 10 82 1/2 G.
Cöln-Mind.-Präm.-Anl. 3 1/2 92 1/2 bz. G.	

Hypotheken - Certificate.	Bank- und Industrie-Papiere.
Kündb. Cent.-Bod.-Cr. 5 101 1/2 bz.	Anglo-Deutsche Bk. 7 1/2 5 68 1/2 B.
Unkünd. do. 1870 5 101 1/2 bz.	Allg. Deut. Hand. G. 9 1/2 5 68 bz.
do. rückbz. a. 1872 5 105 bz.	Berliner Bank 15 14 4 56 B.
Unk. H. d. Pr.-B.-Ord.-B. 4 1/2 91 1/2 bz.	Berl. Bankverein 16 18 5 91 bz. G.
Unk. H. d. Pr.-B.-Ord.-B. 4 1/2 91 1/2 bz.	Berl. Cassen-Ver. 12 12 1/2 29 1/2 G.
Kündb. Hyp.-Schuld.-B. 5 91 1/2 bz.	Berl. Handels-Ges. 12 12 1/2 126 1/2 bz. G.
Hyp.-Anst.-Nord-G.-C.B. 5 101 1/2 bz.	Berl. Lombard-Bk. 5 11 1/2 4 42 1/2 etbz. G.
Pomm. Hypoth.-Briefe 5 101 1/2 bz.	Berl. Makler-Bank 25 11 4 96 bz.
Goth. Präm.-Pf. I. Em. 5 104 1/2 bz. G.	Berl. Prod.-Makl. B. 8 8 1/2 95 bz.
do. do. II. Em. 5 103 bz.	Berl. Wechselbank 12 12 1/2 4 47 1/2 bz. B.
Meininger Präm.-Pf. 5 103 bz.	Bresl. Disc.-Bank 8 8 1/2 4 119 1/2 bz. B.
Oest. Silberpand. 5 72 G.	Friedenthal u. Co. 13 10 4 73 bz. G.
do. Hyp. Ord.-Pf. 5 72 G.	Bresl. Handels-Ges. 4 1/2 9 5 —
Unk. Pf. d. Pr.-B.-Ord. 4 1/2 100 bz. G.	Bresl. Maklerbank 30 5 94 B.
Pf. d. Oest. Bd.-Cr.-Ga. 5 89 B.	Bresl. Mkl.-Ver.-B. 4 1/2 7 5 85 1/2 B.
Südd. Bod. Cred. Pf. 5 101 1/2 bz.	Br. Pr.-Wechsel-B. 12 12 4 —
Wiener Silberpand. 5 101 1/2 bz.	Br. Wechsel-Bk. 12 12 4 60 1/2 bz.

Ausländische Fonds.	Bank- und Industrie-Papiere.
Oest. Silberrente 4 1/2 64 1/2 bz.	Anglo-Deutsche Bk. 7 1/2 5 68 1/2 B.
do. Papierrente 4 1/2 60 1/2 bz.	Allg. Deut. Hand. G. 9 1/2 5 68 bz.
do. Lot.-Anl. v. 60 5 89 1/2 bz. B.	Berliner Bank 15 14 4 56 B.
do. 54er Präm.-Anl. 4 87 B.	Berl. Bankverein 16 18 5 91 bz. G.
do. Credit-Loose 106 1/2 bz.	Berl. Cassen-Ver. 12 12 1/2 29 1/2 G.
do. 64er Loose 104 1/2 bz.	Berl. Handels-Ges. 12 12 1/2 126 1/2 bz. G.
Russ. Präm.-Anl. v. 1865 12 1/2 bz. G.	Berl. Lombard-Bk. 5 11 1/2 4 42 1/2 etbz. G.
do. do. 1866 12 1/2 bz. G.	Berl. Makler-Bank 25 11 4 96 bz.
do. Bod.-Cred.-Pf. 5 88 1/2 bz.	Berl. Prod.-Makl. B. 8 8 1/2 95 bz.
Russ. Pol. Schatz.-Obl. 4 78 1/2 bz. B.	Berl. Wechselbank 12 12 1/2 4 47 1/2 bz. B.
Pöln. Pfandbr. III. Em. 4 76 G.	Bresl. Disc.-Bank 8 8 1/2 4 119 1/2 bz. B.
Pöln. Liquid.-Pfandbr. 4 76 G.	Friedenthal u. Co. 13 10 4 73 bz. G.
Amerik. 6 1/2 Anl. p. 1885 6 95 G.	Bresl. Handels-Ges. 4 1/2 9 5 —
do. 5 1/2 Anl. p. 1885 6 95 G.	Bresl. Maklerbank 30 5 94 B.
do. 5 1/2 Anl. p. 1885 6 95 G.	Bresl. Mkl.-Ver.-B. 4 1/2 7 5 85 1/2 B.
Fr. 5 1/2 Anl. p. 1885 6 95 G.	Br. Pr.-Wechsel-B. 12 12 4 —
Ital. Tabak-Oblig. 6 93 1/2 bz.	Br. Wechsel-Bk. 12 12 4 60 1/2 bz.
Raab-Grazer 100 Thlr. 1/2 76 1/2 B.	Centrab. f. Genos. 12 14 4 64 1/2 bz. G.
Rumänische Anleihe 8 47 1/2 bz. G.	Congr. Cred.-Bk. 10 7 1/2 4 69 1/2 bz. B.
Ung. 5 1/2 St.-Eisenb.-Anl. 5 69 1/2 bz. G.	Danziger Priv.-Bk. 7 7 4 115 G.

Hypothehen - Certificate.		Berlin. Nordbahn.	—	5	5	43 1/2	bz
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	5	Breslau-Warschau	5	5	5	28 <th>bz.</th>	bz.
Unkünd. do. (1872)	5	Halle-Sorau Guben	5	0	5	66 1/4	bz. G.
do. rückbz. a 110	5	Hannover-Altenb.	5	5	5	77 1/2	bz.
		Köhlfort-Falkenb.	2 1/2	5	5	81 1/2	b.